

III-144 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

1982 -06- 03

BUNDESMINISTERIUM FÜR HANDEL,
GEWERBE UND INDUSTRIE

Bericht über den Stand der Europäischen Integration
hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie
über die von der Bundesregierung im Hinblick auf die
Integration gesetzten innerösterreichischen Maßnahmen

(Integrationsbericht 1981)

I

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A <u>Einleitende Bemerkungen</u>	1
B <u>Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandelsabkommen</u>	1
I Freihandelsabkommen Österreich-EWG	1
1) Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - Allgemein	1
2) Beschlüsse auf dem Sektor der Ursprungs- regelung und Zollnomenklatur	6
3) Sensible Produkte	7
II Freihandelsabkommen Österreich-EGKS	9
1) Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - allgemein ...	9
2) Briefwechsel Österreich-EGKS	9
3) Preisbestimmungen für Eisen- und Stahlprodukte	10
4) Kontaktgespräche Österreich-EGKS	10
III Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch Österreich (EGKS-Tarifabkommen)	11
IV Gemeinschaftliches Versandverfahren und Transitabkommen Türkei	13
V Europäisches Patenübereinkommen	14
C <u>Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)</u>	15

II

	Seite
D <u>Die österreichische Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Integration</u>	18
I Der Warenverkehr	18
1) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Export (Marktanteile)	18
2) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Import (Importquoten)	21
3) Entwicklung der Inlandmarktanteile der österreichischen Industriegüterproduktion	22
4) Warenverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten - länderspezifische Darstellung	24
II Die Industrie	34
Allgemeine Bemerkungen	34
Branchenspezifische Darstellung	34
1) Grundindustrie	34
2) Weiterverarbeitungsindustrie	37
3) Konsumgüterindustrie	38
III Die Landwirtschaft	41
1) Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit den EG sowie Vereinbarungen Österreichs mit der Gemeinschaft	41
2) Milcherzeugnisse (Käse)	43
3) Wein	45
4) Schafe	47
5) Änderung des Agrarnotenwechsels	47

III

	Seite
6) Zulassung österreichischer Schlacht- und Zerlegungsbetriebe zum Export von Frischfleisch in die Gemeinschaft	48
7) Rinder und Rindfleisch	49
IV Andere Bereiche	50
1) Arbeitsmarktpolitik	50
2) Raumordnungsfragen	52
E <u>Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten</u>	54
I Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten und EURONET	54
II Verkehrspolitik	56
III Wirtschafts- und Währungsfragen, informelle Kontaktgespräche Österreich-EG	57
IV Zusammenarbeit mit den EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes	60
V Fragen des österreichischen Lebensmittelrechts im Verhältnis zu den EG	60
VI Europäisches Markenrecht	61
F <u>Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1981</u>	62
G <u>Schlußbemerkungen</u>	76
<u>Statistischer Anhang (Tabellen 1 - 16)</u>	

- 1 -

A Einleitende Bemerkungen

Die Bundesregierung legt nun den neunten Integrationsbericht vor, der insbesondere die Maßnahmen der Bundesregierung im Hinblick auf die europäische wirtschaftliche Integration sowie die Auswirkungen der Integration auf die österreichische Wirtschaft im Jahre 1981 zum Gegenstand hat. Der Bericht sollte eine Grundlageninformation zur Prüfung des gegenwärtigen Standes der europäischen Integration hinsichtlich der österreichischen Wirtschaft sowie zur Erörterung künftiger Entwicklungen bieten.

Die Bundesregierung wird bei den Beratungen des Berichtes im Nationalrat bzw. im Bundesrat weitere Informationen hinsichtlich aktueller Entwicklungen geben.

B Maßnahmen im Hinblick auf die vertraglichen Beziehungen mit den Euro- päischen Gemeinschaften, insbesondere die Freihandels- abkommen

I Freihandelsabkommen Österreich-EWG

1) Tätigkeiten des Gemischten Ausschusses - allgemein

Der Gemischte Ausschuss Österreich-EWG hielt je eine Tagung im Juni und Dezember ab, die insbesondere folgende Themenkreise zum Gegenstand hatten:

- Durchführung und Gestaltung des Freihandelsabkommens, insbesondere bei den Sonderbestimmungen für sensible Produkte (Sektor Papier) sowie der Ursprungsregelung und den Schutzklauseln des Abkommens
- grundsätzliche Erörterungen von Fragen im Zusammenhang mit den Erweiterungsverhandlungen der Gemeinschaft (Spanien und Portugal)

- 2 -

- Behandlung von Vorschlägen zur Reduzierung des Ungleichgewichtes im gegenseitigen Handelsverkehr mit gewerblichen und agrarischen Produkten
- Regelung betreffend spezifische Schwierigkeiten im Export österreichischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse in die Gemeinschaft im Hinblick auf eine harmonische Entwicklung des Handels mit agrarischen Erzeugnissen
- Meinungs austausch über die allgemeine wirtschaftliche Lage und Erörterung wirtschaftlicher Fragen, soweit diese auf die Integrationsbeziehungen Österreichs mit den EG von Einfluß sind (z.B. multilaterale GATT-Verhandlungen).
- Behandlung bestimmter Fragen des gegenseitigen Warenverkehrs mit den EG (z.B. Zollfreikontingente und Richtplafonds für Papier und Papierprodukte, Einführung spezialisierter Zollämter sowie der Bardepotpflicht bei Importen nach Italien, technische Vorschriften und Normen, Fragen des österreichischen Lebensmittelrechtes)

Infolge des anhaltenden Bestehens eines sehr bedeutenden Handelsbilanzdefizits Österreichs gegenüber den EG wurde die Behandlung dieser Frage im Gemischten Ausschuß fortgesetzt. Die Bemühungen Österreichs zur Minderung des Handelsbilanzdefizits spielten darüberhinaus auch im Rahmen der Verhandlungen in konkreten Sachbereichen, von welchen während des Berichtsjahres einige ihren erfolgreichen Abschluß gefunden haben (wie z.B. am Sektor Landwirtschaft und bei administrativen Handelshemmnissen), eine Rolle.

Österreich vertrat weiterhin den Standpunkt, daß, wenngleich das österreichische Handelsbilanzdefizit im Berichtsjahr eine Verringerung erfahren hatte, die Verbesserung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits gegenüber den EG längerfristig angestrebt

- 3 -

werden müsse und daher die Gemeinschaft insbesondere auch von einer Politik und von Maßnahmen mit restriktiver Wirkung auf die österreichischen Exporte in die EG-Staaten Abstand nehmen solle.

Größeren Raum bei den Beratungen im Gemischten Ausschuß nahmen Fragen des Warenverkehrs bei Papier und Papierwaren im Rahmen der Sonderregelungen des Freihandelsabkommens betreffend sensible Produkte ein. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage des Papiersektors in der Gemeinschaft bestanden weiterhin Tendenzen zur Erschwerung der Einfuhr von Papier und Papierprodukten aus den Ländern des europäischen Freihandelsraumes. Österreich hat dieser Haltung im Gemischten Ausschuß sowie in Gesprächen mit EG-Mitgliedsstaaten mit Nachdruck entgegengewirkt (siehe auch Abschnitt B I 3).

Die anstehenden Fragen am Agrarsektor waren kontinuierlich Themen der Tagungen des Gemischten Ausschusses. Obgleich die Gemeinschaft ihren Rechtsstandpunkt aufrecht erhält, daß Agrarfragen vom Abkommen nicht abgedeckt seien, erweist sich die Darlegung der österreichischen Vorstellungen über die offenen agrarischen Probleme im Gemischten Ausschuß, an dessen Sitzungen auch die Delegationen der EG-Mitgliedsstaaten teilnehmen, von wesentlicher Bedeutung (siehe auch Abschnitt D III). Dies insbesondere auch im Hinblick auf Zusammenhänge mit allgemeinen Fragen der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs zu den EG sowie andere in Behandlung stehende konkrete Themen (wie z.B. österreichisches Handelsbilanzdefizit, Beitrittsverhandlungen der EG).

Im Zusammenhang mit dem am 1. Jänner 1981 erfolgten Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft wurden seitens Österreichs eine Reihe von Schwierigkeiten zur Sprache gebracht, die bei der Durchführung des Zusatzprotokolls zum Freihandelsabkommen in Griechenland aufgetreten sind und für österreichische Exporte vorübergehend nachteilige Auswirkungen zur Folge hatten (insbesondere verspätete Publikation des griechischen Zollltarifs be-

- 4 -

züglich der Importe aus den EFTA-Staaten). Andererseits befaßte sich der Gemischte Ausschuß auch mit EG-Beschwerden hinsichtlich griechischer agrarischer Exporte nach Österreich, die in der Folge durch Regelungen in Form eines ergänzenden agrarischen Notenwechsels sowie der Käsevereinbarung mit den EG eine einvernehmliche Lösung fanden.

Besondere Beachtung fanden die Verhandlungen der Gemeinschaft mit Spanien und Portugal im Hinblick auf deren Beitritt zu den EG. Österreich hat im Berichtsjahr sowohl gegenüber der Gemeinschaft als auch den beiden Beitrittskandidaten seine grundsätzliche Haltung in dieser Frage dargelegt. Demnach werden Spanien und Portugal mit ihrem Beitritt voll in die Rechte und Pflichten, die sich aus den Freihandelsabkommen Österreichs mit der Gemeinschaft ergeben, eintreten. Daraus ergibt sich die österreichische Forderung, daß ab Inkrafttreten des Beitritts Spaniens und Portugals den Exporten Österreichs auf den Märkten dieser beiden Staaten die gleichen handelspolitischen Zutrittsbedingungen eingeräumt werden wie den Exporten der EG-Mitgliedsstaaten.

Nach österreichischer Auffassung werden die Beitritte Spaniens und Portugals zu den EG auch eine Anpassung der österreichischen agrarischen Beziehungen zu der dann erweiterten Gemeinschaft erforderlich machen.

Österreich nahm auch in den Sitzungen des Gemischten Ausschusses die Gelegenheit wahr, seinen Standpunkt in der Frage der Beitrittsverhandlungen Spaniens und Portugals der Delegation der Gemeinschaft darzulegen.

Dem Gemischten Ausschuß lagen schon 1980 Beschwerden Österreichs über die Einführung sogenannter spezialisierter Zollämter durch Italien bei Importen von Textilien und Stahlprodukten vor. Diese Maßnahmen, die nach österreichischer Auffassung eine empfindliche Einschränkung des freien Warenverkehrs aufgrund der Freihandelsabkommen mit den EG darstellen, wurden in den zwei ordentlichen sowie auf österreichisches Verlangen in einer außerordentlichen Sitzung des Gemischten Ausschusses eingehend behandelt.

- 5 -

Nachdem die Wiedergulassung wichtiger italienischer Zollämter zur Abfertigung österreichischer Exporte von Stahl seitens Italiens verfügt worden war (siehe auch Abschnitt B II 1), drängte die österreichische Delegation weiterhin auf gleichartige Verfügungen der italienischen Regierung zugunsten der österreichischen Ausfuhr auch am Sektor Textilien und Bekleidung. Diese Bemühungen wurden auf verschiedenen Ebenen gegenüber den EG sowie auch bilateral gegenüber den zuständigen italienischen Behörden unternommen.

Im Juni 1981 hat Italien mit Hinweis auf Zahlungsbilanzschwierigkeiten bei Importen eine Bardepotpflicht eingeführt und die EG-Kommission hat diese Maßnahme gemäß Artikel 28 des Freihandelsabkommens (Zahlungsbilanzschutzklausel) Österreich notifiziert. Bei der Prüfung dieser Schutzmaßnahme im Gemischten Ausschuss verwies die österreichische Delegation darauf, daß Italien der zweitgrößte Handelspartner Österreichs sei und die italienische Bardepotpflicht sohin bei österreichischen Exporten besonders spürbar werde, wenngleich diese Maßnahme auch auf andere EG-Staaten zur Anwendung komme und daher nicht diskriminierend sei.

Der Gemischte Ausschuss befaßte sich weiters mit Fragen technischer Vorschriften und Normen mit Blickrichtung auf die Vermeidung solcher Vorschriften und Normen, die Anlaß zu Handelsschwernissen im gegenseitigen Warenverkehr zwischen Österreich und der Gemeinschaft geben könnten. Die österreichische Delegation hat auf die notwendige größere Beachtung für den Bereich technischer Vorschriften und Normen hingewiesen und gemeinsame Berührungspunkte aufgezeigt.

Zu Fragen der EG-Kommission hinsichtlich der Anwendung des österreichischen Lebensmittelgesetzes auf den Export bestimmter Lebensmittel aus EG-Staaten nach Österreich erklärte die österreichische Delegation ihre Bereitschaft, konkrete Fälle allfälliger Schwierigkeiten auf der Grundlage entsprechender Informationen zu prüfen sowie gegebenenfalls darüber Expertengespräche zu führen.

2) Beschlüsse auf dem Sektor der Ursprungsregelung und Zoll- nomenklatur

Anlässlich seiner Frühjahrstaqung 1981 empfahl der Zollausschuß aufgrund des Freihandelsabkommens dem Gemischten Ausschuß die Annahme mehrerer Rechtsinstrumente. Letztere betrafen:

- Die Ersetzung der ERE (Europäische Rechnungseinheit) durch die ECU (Europäische Währungseinheit) und die Anpassung der Wertgrenzen im Protokoll Nr.3 des Freihandelsabkommens betreffend die Ursprungsregelung, wobei die ECU in einer Erklärung des Gemischten Ausschusses definiert wurde
- Die Einführung der GATT-Zollwertdefinition im Protokoll Nr.3
- Die Änderung der Ursprungsregel für zubereitete Enzyme
- Die Behandlung von Kleinsendungen an Privatpersonen
- Gemeinsame Richtlinien für die Anwendung der buchmäßigen Trennung bei der Herstellung von Waren.
- Die Dauer der Periode, innerhalb welcher Verifizierungsansuchen zu entsprechen ist.

Diese Rechtsinstrumente wurden bei der Juni-Tagung des Gemischten Ausschusses verabschiedet.

Im Dezember faßte der Gemische Ausschuß einen weiteren Beschluß. Dieser bewirkte die durch Nomenklaturänderungen notwendig gewordene Anpassung des Protokolls Nr.1 des Freihandelsabkommens (Sonderregelung für sensible Produkte) an den Wortlaut des Gemeinsamen Zolltarifs der Gemeinschaft sowie die Einführung der ECU, samt deren Definition, in das Protokoll Nr. 2 des Freihandelsabkommens (landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte).

- 7 -

Über Drängen Österreichs behandelte der Gemischte Ausschuß ferner die Vorschläge der EFTA-Länder zur Vereinfachung der Ursprungsregeln. Da sich Frankreich und Italien diesen Vorschlägen weiterhin widersetzten, erfolgten Démarchen seitens Österreichs und der anderen EFTA-Staaten in Paris und Rom. Weiters wurde die Prüfung von Vorschlägen Österreichs und der Gemeinschaft zur Änderung der Ursprungsregeln für einzelne Waren aufgenommen.

3) Sensible Produkte

Die Gemeinschaft hatte für 1981 sämtliche Richtplafonds für den Import von Papier und Papierprodukten aus Österreich um 5 % erhöht. Gemäß einem Vorschlag der EG-Kommission haben die EG auch für 1982 eine Erhöhung der Richtplafonds gegenüber Österreich um 5 % vorgenommen. Dementsprechend wurden auf österreichischer Seite die Richtplafonds bei Papier- und Papierprodukten für Importe aus der Gemeinschaft für 1981 und 1982 ebenfalls jeweils um 5 % aufgestockt.

Nach Wiedereinführung des höheren Drittlandszolls bei Überschreiten des Richtplafonds für bestimmte Druck- und Schreibpapiere aus Österreich durch die EG, sah sich Österreich veranlaßt, auch seinerseits bei der Einfuhr von gestrichenen Druck- und Schreibpapieren aus der Gemeinschaft wiederum den Drittlandszoll einzuführen.

Aufgrund bilateraler Konsultationen mit einer österreichischen Delegation hat Großbritannien für 1982 bei den für österreichische Exporte besonders wichtigen britischen Zollfreikontingenten für holzfreie Druck- und Schreibpapiere, gestrichene Druck- und Schreibpapiere sowie zugeschnittene Papiere Erhöhungen um insgesamt 859 Tonnen vorgenommen.

- 8 -

Bei allen einschlägigen Verhandlungen und Gesprächen mit den EG hat Österreich auf die Bedeutung des mit dem Auslaufen der Sonderregelungen des Freihandelsabkommens auf dem Papiersektor mit 1. Jänner 1984 herzustellenden Warenfreiverkehrs hingewiesen.

II Freihandelsabkommen Österreich-EGKS

1. Tätigkeit des Gemischten Ausschusses - allgemein

Der Gemischte Ausschuß Österreich-EGKS trat im Juni und im Dezember zu seinen turnusmäßigen Sitzungen zusammen, bei welchen Fragen der Durchführung des Abkommens (z.B. Entwicklung des Stahlmarktes in Österreich und in der EGKS, Krisenpolitik der Gemeinschaft) erörtert wurden.

Im März 1981 fand zur Prüfung der österreichischen Beschwerde wegen der für Stahlexporte nach Italien durch die Einführung "spezialisierter" Zollämter entstandenen Schwierigkeiten eine Sondersitzung des Gemischten Ausschusses statt. Dabei wurde neuerlich der österreichische Standpunkt hinsichtlich der Vertragswidrigkeit des italienischen Vorgehens vertreten und die umgehende Wiedereröffnung der für die österreichischen Stahllieferungen nach Italien wichtigsten Zollämter verlangt.

Nachdem bis zum Juni neben verschiedenen anderen Zollämtern jene von Verona, Pontebba und Brenner-Sterzing wieder zur Abfertigung von Stahlimporten nach Italien zugelassen worden waren, konnte anlässlich der Dezembertagung des Gemischten Ausschusses festgestellt werden, daß nach Wiedereröffnung auch des Zollamtes Udine im August die Behinderung der österreichischen Stahlexporte nach Italien weitgehend beseitigt worden ist.

2. Briefwechsel Österreich-EGKS

Anlässlich der vertraglich vorgesehenen Überprüfung der Ergebnisse des Briefwechsels Österreich-EGKS betreffend die Disziplin bei den beiderseitigen Stahllieferungen konnte von beiden

- 10 -

Delegationen das im großen und ganzen gute Funktionieren dieser Vereinbarung festgestellt werden. Die Gespräche bezogen sich insbesondere auf Preisprobleme und die mengenmäßige Entwicklung der Handelsströme.

Die Verhandlungen über eine Verlängerung des mit 31. Dezember 1981 befristeten Briefwechsels waren im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen.

3. Preisbestimmungen für Eisen- und Stahlprodukte

Die Bundeskommission für Eisen und Stahl hat ihre durch das EGKS-Abkommen-Durchführungsgesetz sowie durch die Verordnung des Handelsministers über unzulässige Praktiken im Verkehr mit Eisen- und Stahlerzeugnissen festgelegte Tätigkeit fortgesetzt. Es bestand weiterhin kein Anlaß, ein Verfahren wegen Verstoßes gegen die vorerwähnten Rechtsvorschriften einzuleiten.

4. Kontaktgespräche Österreich-EGKS

Die im Juni in Linz abgehaltene Tagung der Kontaktgruppe Österreich-EGKS ermöglichte einen eingehenden Gedankenaustausch der Stahlexperten beider Seiten über die Marktlage, insbesondere im Hinblick auf die Krise auf dem internationalen Stahlmarkt.

- 11 -

III Abkommen über die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife im Durchgangsverkehr mit Kohle und Stahl durch Österreich (EGKS - Tarifabkommen)

Der Transportausschuß Österreich/EGKS hielt im November seine ordentliche Jahrestagung ab, die auch diesmal gemeinsam mit der des Transportausschusses Schweiz/EGKS stattfand und in der die sich aus der Anwendung des Abkommens ergebenden Probleme geprüft wurden.

Insbesondere wurde festgestellt, daß im Verkehr mit Montangütern zwischen Italien und den anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft im Jahre 1980 trotz andauernder Stahlkrise mit einem Gesamtaufkommen von 14,8 Mio t gegenüber 13,6 Mio t im Jahre 1979 eine kräftige Steigerung zu verzeichnen war, womit auch das Rekordergebnis von 1978 (14 Mio t) überboten werden konnte.

Allerdings betraf dieser Aufschwung hauptsächlich den Seeverkehr (+ 1 Mio t = + 32 %) und den Kraftwagengüterverkehr (+ 265.000 t = 12,5 %), während der Eisenbahnverkehr mit 8,3 Mio t unverändert blieb.

Im Hinblick auf den Rückgang des Anteils des Eisenbahnverkehrs am Gesamtverkehr von 61 % auf 56 % waren beide Ausschüsse der Auffassung, daß das Verkehrsgeschehen im Eisenbahnverkehr mit Italien periodischen Schwierigkeiten begegnet, die bisher weder durch eine Transportsteuerung noch durch sonstige infrastrukturelle und betriebliche Maßnahmen der Eisenbahnverwaltungen gelöst werden konnten.

Beide Ausschüsse verabschiedeten daher eine an die Regierungen der Vertragsstaaten und der Transitabkommen Österreich-EGKS und Österreich-Schweiz sowie an die EG-Kommission zu

- 12 -

übermittelnde EntschlieÙung, in der die zuständigen nationalen und internationalen Stellen erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, Schritte zu unternehmen, um die zur dauernden Abhilfe in dieser Situation unerläÙlichen Maßnahmen zu beschleunigen und zu verstärken.

IV Gemeinschaftliches Versandverfahren und Transitabkommen Türkei

Das Abkommen mit der EWG über das gemeinschaftliche Versandverfahren hat weiterhin zufriedenstellend funktioniert.

Der Gemischte Ausschuß aufgrund dieses Abkommens sprach die Empfehlung Nr. 1/81 aus, durch die mit Wirkung vom 1. Jänner 1983 im Rahmen des Systems der Pauschalbürgschaft die europäische Währungseinheit (ECU) auch im Verhältnis zwischen Österreich und der EWG angewendet werden wird. Weiters sieht diese Empfehlung zolltechnische Verbesserungen und eine Ausdehnung der Amtshilfe vor.

Im schriftlichen Verfahren faßte der Gemischte Ausschuß den Beschluß Nr. 1/81, durch den die Anlage II des Versandabkommens dahingehend geändert wurde, daß der Sicherungsgeber im Rahmen des Pauschalbürgschaftssystems die Möglichkeit erhielt, die Höhe des übernommenen Risikos zu beschränken.

Durch den Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft war es notwendig geworden, auch dem griechischen Wortlaut des Abkommens zwischen Österreich, der Schweiz und der EWG zur Ausdehnung der Bestimmungen über das Gemeinschaftliche Versandverfahren Rechtsverbindlichkeit zu verleihen. Dies geschah durch ein Abkommen zwischen den drei genannten Vertragsparteien, welches im September durch Österreich unterzeichnet wurde.

Die Anwendung des Transitabkommens Türkei hat auch im Berichtsjahr zu keinen Schwierigkeiten geführt.

V Europäisches Patentübereinkommen

Auf Grundlage eines Abkommens zwischen der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz der Republik Österreich und der Europäischen Patentorganisation führt das Österreichische Patentamt seit der zweiten Hälfte des Jahres 1979 Recherchen zu europäischen Patentanmeldungen durch. Bisher (Stichtag 31.12. 1981) wurden dem Österreichischen Patentamt 4.689 europäische Anmeldungen zur Recherche übertragen. Die Anzahl der durchzuführenden Recherchen wird in den nächsten Jahren stufenweise um jeweils 400 erhöht werden und soll im Jahre 1985 3.500 betragen.

Dem Österreichischen Patentamt werden hiefür vom Europäischen Patentamt unter Einbeziehung der jährlichen Kostensteigerungen die Aufwendungen erstattet. Die Einbeziehung des Österreichischen Patentamtes in die Agenden des Europäischen Patentamtes stellt einen weiteren österreichischen Beitrag zum Aufbau des europäischen Patentsystems dar.

C Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)

Im Mai sowie November des Berichtsjahres wurden je eine Tagung des EFTA-Ministerrates abgehalten, letztere unter österreichischem Vorsitz. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Entwicklung der internationalen Wirtschaftslage und insbesondere des Welthandels, Fragen des Freihandels unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu den EG, die wirtschaftliche Lage der EFTA-Mitgliedstaaten, Auswirkungen einer Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, die Beziehungen zu den Entwicklungsländern sowie interne Aktivitäten der EFTA.

Das EFTA-Handelskomitee hat die von den EFTA-Ministern eingeleitete Untersuchung über staatliche Beihilfen abgeschlossen. Weiters wurden in diesem Komitee Fragen des Abbaues nichttarifari-scher Handelshemmnisse, insbesondere die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der EFTA mit den EG im Rahmen der zwischenstaatlichen Normenorganisationen CENELEC (Normen im elektrotechnischen Bereich) und CEN (Normen in anderen Gebieten) sowie Maßnahmen von EFTA-Staaten beim Preisausgleich für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte behandelt.

Verschiedene Aspekte einer engeren Zusammenarbeit der EFTA-Staaten mit den EG beim Abbau technischer Handelshemmnisse wurden in einer Expertentagung der EFTA-Staaten im März 1981 vertieft.

Bei einer Tagung von Vertretern der EFTA-Länder und Jugoslawiens wurde von jugoslawischer Seite der Wunsch nach konkreten Maßnahmen der EFTA-Länder zur Verbesserung der Exportmöglichkeiten Jugoslawiens vorgebracht. In der Folge befaßten sich Rechtsexperten beider Seiten mit dem spezifischen Mandat der Erstellung von Modellverträgen für eine industrielle Kooperation.

Der Bericht einer Untergruppe des Gemischten Ausschusses EFTA-Jugoslawien befaßte sich mit Vorschlägen zur Verbesserung des Handels zwischen den EFTA-Ländern und Jugoslawien. Dasselbe Thema behandelte die im Oktober stattgefundene Tagung des Gemischten

- 16 -

Ausschusses EFTA-Jugoslawien, bei der Übereinstimmung darüber erzielt wurde, daß alle Möglichkeiten zur Intensivierung des gegenseitigen Handelsverkehrs ausgeschöpft werden sollen.

Im Hinblick auf einschlägige Aktivitäten des Europarates fand im Februar eine Sitzung der EFTA-Expertengruppe für Markenrecht statt, wobei die Möglichkeiten für eine engere Zusammenarbeit mit den EG auf diesem Sektor erörtert wurden.

In der Tagung des Gemischten Ausschusses EFTA-Spanien im Mai 1981 konnte festgestellt werden, daß das 1980 in Kraft getretene multilaterale Freihandelsabkommen gut funktioniert. Eine Reihe von Problemen der Durchführung dieses Übereinkommens wurde besprochen.

Die österreichische Delegation hat den Aufenthalt in Madrid auch dazu benützt, mit den zuständigen spanischen Behörden Probleme, die sich durch den geplanten Beitritt Spaniens zu den EG ergeben könnten, zu erörtern.

Die anlässlich der EFTA-Ministertagung im Juni 1980 eingeleitete Untersuchung bezüglich der Möglichkeiten für eine Liberalisierung des Handels mit Fischen im Rahmen der EFTA wurde vorläufig abgeschlossen, ohne daß eine Einigung in dieser Frage erzielt werden konnte.

Über Initiative des Handelsministeriums wurden im Berichtsjahr Informationsveranstaltungen betreffend den EFTA-Industrieentwicklungsfonds für Portugal in Österreich durchgeführt, um eine bessere Ausnützung der Fondsmittel durch österreichische Firmen zu erreichen.

Dem EFTA-Rat wurde ein Antrag Portugals auf Verlängerung der Sonderbestimmungen für einen verlangsamten Zollabbau der Wachstumsindustrien vorgelegt, der gegenwärtig EFTA-intern geprüft wird.

- 17 -

Zur Sicherstellung der erforderlichen Identität der Ursprungsregeln verabschiedete der EFTA-Rat weiters mehrere Rechtsinstrumente, welche den Beschlüssen und Erklärungen des Gemischten Ausschusses Österreich-EWG entsprechen (siehe auch Abschnitt B I 2).

Der Gemischte Ausschuß aufgrund des Abkommens EFTA-Spanien faßte im Bereich der Ursprungsregeln einige Beschlüsse, welche die Einführung der GATT-Zollwertdefinition und der ECU in das vorgenannte Abkommen, die Änderung der Ursprungsregel für zubereitete Enzyme und die Behandlung von Kleinsendungen an Privatpersonen zum Gegenstand haben.

Eine Tagung in Tromsö im Juli 1981 bot dem Komitee der EFTA-Parlamentarier die Gelegenheit, die Wirtschaftslage, Probleme und Zukunftsaussichten Norwegens kennenzulernen. Der gastgebende norwegische Minister für Planung und Koordinierung, Kleppe, der im Dezember 1981 das Amt des Generalsekretärs der EFTA angetreten hat, führte unter anderem aus, daß eine der wichtigen Aufgaben der 80-er Jahre für diese Region darin bestünde, die Wettbewerbsfähigkeit der Fertigungindustrie durch strukturelle Veränderungen zu verbessern.

Über Einladung des EFTA-Parlamentarierkomitees fand im November ein erstes Treffen von EFTA-Parlamentariern mit Abgeordneten des Europäischen Parlamentes statt. Hierbei wurden die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den EFTA-Staaten und den EG erörtert. Beide Delegationen brachten ihr Bekenntnis zum europäischen Freihandelssystem und dessen Weiterentwicklung zum Ausdruck. Die Parlamentarier beider Seiten sollten bei der Gestaltung der Zusammenarbeit eine wesentliche Rolle spielen.

Den Ministertagungen ging jeweils eine Tagung des Beratenden Komitees der EFTA voraus. Erörtert wurden die internationale Wirtschaftslage, Möglichkeit einer Liberalisierung des Austausches

von Dienstleistungen, Fragen der Strukturanpassung sowie die zukünftige Rolle der EFTA. Das Beratende Komitee informierte sich unter anderem auch über das österreichische Modell der Sozialpartnerschaft.

Im Februar 1981 fand ein Treffen zwischen dem Beratenden Komitee der EFTA und dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der EG statt, bei dem vor allem Fragen betreffend die Wirtschaftsaussichten in Westeuropa und der Erweiterung der EG zur Diskussion standen.

D. Die Österreichische Wirtschaft im Rahmen der Europäischen Integration

I. Der Warenverkehr

1) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Export (Marktanteile).

Der Marktanteil¹⁾ stellt einen aussagekräftigen Indikator der Wettbewerbsfähigkeit im Export dar. Ein steigender Marktanteil zeigt eine Verbesserung, ein sinkender eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit an. Die Wettbewerbsfähigkeit wird in hohem Maße auch durch den Fortgang der wirtschaftlichen Integration beeinflusst. Auf Grund der Freihandelsabkommen mit den EG waren während der Phase des allgemeinen Zollabbaues (Oktober 1972 bis Juni 1977)²⁾ Marktanteilsgewinne in den sechs Ländern der ursprünglichen Gemeinschaft (EG 72) sowie in Irland zu erwarten, da die österreichischen Exporteure ihre Produkte im Ausmaß der Zollsenkungen billiger

-
- 1) Als Marktanteil wird der Anteil der Importe aus Österreich an den Gesamtimporten der betreffenden Länder bzw. Ländergruppen verstanden.
 - 2) Die Auswirkungen des verzögerten Zollabbaues bei Papier und anderen sensiblen Produkten bleiben bei dieser globalen Darstellung unberücksichtigt.

- 19 -

anbieten konnten und dadurch ihre Wettbewerbsposition verbesserten. Positive Integrationseffekte können auch nach Beendigung des Zollabbaues anfallen, z.B. aus einer verzögerten Ausnützung von Exportchancen, doch sind diese in der Regel schwächer als jene während des Zollabbaues.

In den Mitgliedsstaaten des EFTA-Übereinkommens hat Österreich in den sechziger Jahren erhebliche Marktanteilsgewinne erreicht. Nach dem Abschluß der Freihandelsabkommen der EFTA-Staaten mit den Europäischen Gemeinschaften bzw. dem Beitritt Großbritanniens und Dänemarks zu den EG ging seit 1973 die Vorzugstellung Österreichs in dieser Region schrittweise verloren, was Marktanteilsverluste erwarten ließ. Diese Situation gilt im bezug auf alle Mitgliedsstaaten der ursprünglichen Europäischen Freihandelszone (EFTA 72), d.h. sowohl gegenüber den gegenwärtigen EFTA-Mitgliedsstaaten (EFTA 73) als auch gegenüber Großbritannien und Dänemark.

Die Marktanteilsentwicklung kann zeitweise durch externe Einflüsse wie z.B. durch eine Erdölverteuerung überlagert werden. Das Ansteigen der Anteile der Erdölimporte an der Gesamteinfuhr in den europäischen Staaten hat zur Folge, daß die Marktanteile der Erdöl-Lieferstaaten (hauptsächlich OPEC-Staaten) zunehmen, jene anderer Staaten (so auch Österreich) zurückgehen. Auch starke Änderungen im Wechselkursgefüge können kurzfristig den Ausweis der Marktanteilsentwicklung beeinflussen.

Die Entwicklung der österreichischen Marktanteile in den westeuropäischen Ländern ist in den Tabellen 8 und 9 dieses Berichtes dargelegt. Diese Tabellen enthalten die endgültigen Ergebnisse bis zum Jahre 1980 sowie vorläufige Werte des Jahres 1981.

In den EG hat Österreich sowohl 1980 als auch 1981 Marktanteile verloren (EG 72: 1980 -2,5 %, 1981 -4,6 %). Die Entwicklung des österreichischen Marktanteiles gegenüber der mit Griechenland erweiterten Gemeinschaft (EG 81) unterschied sich nur wenig von jener der EG 72 (Marktanteilsverluste von -3,4 % bzw. -4,3 %).

Die Marktanteilsverluste in der Gemeinschaft im Jahre 1981 waren nur zum Teil der Auswirkung der Erdölverteuerung zuzuschreiben. Eine Kalkulation der österreichischen Marktanteile am Intra-OECD-Handel zeigt, daß auch der so berechnete österreichische Marktanteil (sohin unter Ausschaltung des Erdölpreiseffektes) zurückgegangen ist: gegenüber den EG (72) um -2,5 %, den EG (81) um -3,1 %.

Eine länderweise Betrachtung ergibt, daß Österreich im Berichtsjahr Marktanteile an den Gesamtimporten nur in Großbritannien und Irland ausweiten konnte³⁾. In Frankreich und den Niederlanden wurde das Marktanteilsniveau des Vorjahres etwa gehalten. Ins Gewicht fallende Marktanteilsverluste mußten in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien, Belgien-Luxemburg und Dänemark in Kauf genommen werden. Der Marktanteil in Griechenland hat sich erheblich verschlechtert.

Die Marktanteilsverluste in der EFTA hielten sich in Grenzen (EFTA 72: 1980 -7,4; 1981 -1,2; in der EFTA 73: -5,3; -2,5). Günstig hat sich auch die Situation gegenüber der Schweiz entwickelt, wo Österreich 1981 Marktanteile in der Gesamteinfuhr gewonnen hat; auch in Finnland, Portugal und Island hat sich die österreichische Marktstellung verbessert. Marktanteilsverluste gab es hingegen in Schweden sowie insbesondere in Norwegen.

3) Die Marktanteile in Großbritannien müssen allerdings mit Vorsicht beurteilt werden, da für mehrere Monate britische Außenhandelsstatistiken infolge Streiks der statistischen Behörden nicht verfügbar waren.

- 21 -

In Spanien hat Österreich im Berichtsjahr Marktanteile gewonnen; es ist zu vermuten, daß das 1980 im Rahmen des EFTA-Übereinkommens mit Spanien abgeschlossene Freihandelsabkommen dazu beigetragen hat.

2) Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration auf den österreichischen Import (Importquoten).

Eines der Ziele der Wirtschaftsintegration ist die Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung. Dabei sind Auswirkungen nicht nur im Export, sondern auch im Import zu erwarten. Es scheint daher sinnvoll, als Ergänzung der im vorigen Abschnitt analysierten Entwicklung der österreichischen Marktanteile im Export auch die Auswirkungen der Integration auf die Einfuhr darzustellen. Ein geeigneter Maßstab hierfür sind die Importquoten, unter welchen der Anteil der Importe (insgesamt bzw. aus einzelnen Regionen und Ländern) am Bruttoinlandsprodukt verstanden werden.

Tabelle 10 des vorliegenden Berichtes enthält Angaben über die Entwicklung der Importquoten bis 1981. Die Importquote der österreichischen Gesamteinfuhr ist im Berichtsjahr gegenüber 1980 nur geringfügig von 31,7 % auf 32,0 % gestiegen⁴⁾. Sowohl 1979 als auch 1980 gab es einen wesentlich höheren Anstieg der Importquote. Die Importquoten gegenüber den EG und der EFTA sind 1981 zurückgegangen, jene der OPEC-Staaten nahm etwas zu.

4) Sohin entsprachen die Einfuhren des Jahres 1980 31,7 %, jene des Jahres 1981 32,0 % aller in Österreich produzierten bzw. erbrachten Güter und Leistungen (Brutto-Inlandsprodukt) zu laufenden Preisen.

3) Entwicklung der Inlandsmarktanteile der österreichischen Industrieproduktion

Der Inlandsmarktanteil ⁵⁾ der österreichischen Industrie sinkt auch in der Phase eines verringerten weltwirtschaftlichen Wachstums in etwa dem bisherigen Tempo. Hatte die österreichische Industrie 1955 noch rund 75 % des Inlandsmarktes versorgt, so waren es 1981 nur noch 51 % (genauer 50,9 %). Die Abnahme des Inlandsmarktanteiles betrug somit pro Jahr knapp einen Prozentpunkt.

Auch 1980 und 1981 setzte sich diese Entwicklung praktisch in gleichem Tempo fort. 1980 sank der Marktanteil um 0,8 Prozentpunkte (von 52,5 auf 51,7 %), ebenso im Jahr 1981 (von 51,7 auf 50,9 %).

Der Rückgang des Marktanteiles im Jahr 1981 setzt sich aus einem Marktwachstum von 4 % (nomineller Wert, Produktion plus Importe minus Exporte) und einem Wachstum der inländischen Komponente (Produktion minus Exporte) von nur +2,4 % zusammen. Diese Steigerung der Lieferungen der österreichischen Industrie und des Großgewerbes an den heimischen Markt liegt somit deutlich unter der Inflationsrate. Hingegen konnte die österreichische Industrie am Auslandsmarkt ihre Umsatzergebnisse aufbessern.

-
- 5) Der gegenständlichen Darstellung liegen die österreichischen Gesamtimporte von Industriewaren im Verhältnis zur österreichischen Industrie-Güterproduktion zugrunde. Eine darüber hinausgehende Aufgliederung nach den Importen aus dem europäischen Freihandelsraum ist aufgrund des verfügbaren Zahlenmaterials nicht möglich.

- 23 -

Das relativ gute Exportergebnis verbunden mit dem Sinken des Marktanteiles im Inland dürfte sich aus den strukturellen Problemen der österreichischen Wirtschaft erklären. Unternehmen, die sich erfolgreich den Nachfragebedingungen angepaßt haben, können im In- und Ausland Absatzfolge buchen. In anderen Bereichen gewinnen ausländische Unternehmen Marktanteile, entweder, weil es sich um Produkte handelt, die im Inland nicht mehr verfügbar sind (z.B. Rohstoffe), oder noch nicht konkurrenzfähig erzeugt werden können (technisch hochwertige Fertigwaren).

4) Warenverkehr mit den EG- und EFTA-Staaten - länderweise Darstellung

Allgemeine Bemerkungen:

Zur Ergänzung der in der folgenden landerweisen Darstellung enthaltenen Ausfuhungen wird im Statistischen Anhang eine Reihe von Tabellen betreffend die Entwicklung des Warenverkehrs Österreichs mit den anderen Staaten des europäischen Freihandelsraumes angeschlossen. 6)

Bundesrepublik Deutschland:

Die Importe aus der Bundesrepublik Deutschland, unserem größten Handelspartner, haben im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr um 0,9 % zugenommen, die österreichischen Exporte sind um 5,1 % gestiegen. Trotz dieser prozentual günstigen Entwicklung hat sich angesichts des großen Importuberranges das Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik neuerlich verschlechtert (um 2,4 Mrd. ÖS).

Ausfuhrseitig gestiegen sind vor allem die Exporte bei Stickstoff und Düngemitteln, Kunststoffen, Bekleidung, chemischen Vorerzeugnissen sowie Papier und Pappe, während die Ausfuhren von Schnittholz, Eisenhalbzeug, Stab- und Formeisen einschließlich Eisenbleche zurückgegangen sind.

-
- 6) Den Aussagen über die Entwicklung des Handels bei konkreten Produktgruppen (in der landerweisen Darstellung) liegen die Werte von Jänner bis inklusive September, in einzelnen Fällen auch einiger weiterer Monate, zugrunde. Im statistischen Anhang sind jedoch die schon vorliegenden Gesamtjahresziffern 1981 berücksichtigt.

- 25 -

Bei den deutschen Lieferungen nach Österreich weisen, wie bereits in den Vorjahren, Kraftstoffe, Erdgas und Schmieröle die höchsten Zuwachsraten auf. Überdurchschnittlich gestiegen ist auch die Einfuhr von Ölkuchen, chemischen Halbwaren, Kunststoffen, Maschinen und Fördermitteln. An der Spitze der deutschen Exporte nach Österreich stehen nach wie vor Maschinen und Fördermittel, Fahrzeuge aller Art, Elektroerzeugnisse sowie Eisenwaren einschließlich Werkzeugen.

Italien:

Während die österreichischen Importe aus Italien sich im Berichtszeitraum um 2,9 % verminderten, konnten die österreichischen Exporte um 2,2 % erhöht werden. Dadurch hat sich das Handelsbilanzdefizit im Warenverkehr mit Italien, unserem zweitgrößten Handelspartner, gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Drittel verringert.

Insgesamt gesehen hat der Warenverkehr Österreichs mit Italien, der sich in den letzten fünf Jahren etwa verdoppelt hatte, im Berichtsjahr stagniert. Die Gründe hierfür dürften insbesondere in der im zweiten Halbjahr 1980 stark verschlechterten wirtschaftlichen Lage Italiens und den damit begründeten italienischen Schutzmaßnahmen liegen.

Überdurchschnittliche Exportsteigerungen wurden bei lebenden Tieren, Molkereiprodukten, Fleisch- und Fleischwaren, chemischen Erzeugnissen, Papier und Pappe sowie bei Bekleidung (hauptsächlich Loden) und Schuhen erzielt. Eine rege Nachfrage nach österreichischen Zuchtrindern war auch in Mittel- und Süditalien zu verzeichnen. Einen starken Rückgang verzeichneten die Exporte am Eisen- und Stahlsektor.

- 26 -

An der Spitze der Einfuhren aus Italien standen trotz unterschiedlicher Entwicklung gegenüber dem Vorjahr auch im Berichtsjahr der Bekleidungssektor, Schuhe, Textilien, chemische Erzeugnisse, Obst und Gemüse sowie Fliesen und Straßenfahrzeuge.

Frankreich

Während die Importe aus Frankreich stagnierten (+ 0,5 %), konnten die Exporte um 14,5 % gesteigert werden. Durch diese Verbesserung waren die Importe aus Frankreich zu etwa drei Viertel durch die österreichischen Exporte gedeckt. Trotzdem hat sich der österreichische Marktanteil an den Gesamtimporten Frankreichs infolge einer generellen Steigerung der französischen Importe, insbesondere am Energiesektor, nicht wesentlich verändert.

Die österreichischen Exporte verzeichneten stärkere Steigerungen bei Eisen und Stahl, Papier, Bekleidung, Schuhen, Möbel und Sportgeräten. Teilweise gelang es österreichischen Firmen neue Produkte auf den französischen Markt zu bringen (z.B. Windsurfer, Lebendvieh).

Belgien - Luxemburg:

Während die österreichischen Einfuhren um 6,7 % anstiegen, sind die Exporte um 2,1 % zurückgegangen.

Dieser Rückgang dürfte vor allem auf die im Berichtsjahr schlechte Konjunkturlage in Belgien zurückzuführen sein. Generell wird jedoch darauf hingewiesen, daß es den österreichischen Exporteuren in den letzten Jahren nur teilweise gelungen ist, die EG-Dynamik auch auf die österreichischen Ausfuhren nach Belgien-Luxemburg wirksam werden zu lassen.

- 27 -

Rückgänge bei österreichischen Exporten gab es vor allem bei Investitionsgütern (Maschinen, Kraftfahrzeugen). Exportsteigerungen wurden hingegen bei Textilien, vor allem bei Oberbekleidung, Spinnstoffen, Eisen und Stahl, Papier, Möbeln, Büromaschinen und Chemikalien erzielt.

Die Steigerungen bei Importen sind vor allem auf erhöhte Bezüge von Erdöl, Erzen und Metallabfällen sowie von chemischen Erzeugnissen (ausgenommen Pharmazeutika) zurückzuführen.

Niederlande:

Sowohl die Ausfuhren nach den Niederlanden als auch die Einfuhren haben im Berichtsjahr stagniert (+ 0,8 % bzw. - 1,9 %). Die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den Niederlanden führte auch generell zu einem Rückgang der niederländischen Importe.

Wie 1980 machten Maschinen und Verkehrsmittel den Hauptteil der österreichischen Exporte nach den Niederlanden aus, allerdings diesmal mit einem Rückgang, der vor allem auf Absatzrückschläge bei Hoch- und Tiefbaumaschinen sowie bei Spezialmaschinen zurückzuführen ist.

Überdurchschnittliche Ausfuhrsteigerungen gab es bei Gemüse und Früchten, Papier, anorganischen Chemikalien, Farben, Gerbstoffen, Nachrichtengeräten, medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen sowie Aluminium.

Auf der Einfuhrseite gab es Rückgänge vor allem bei Erzen und Metallen sowie bei Erdöl und Erdölerzeugnissen.

Großbritannien:

Während die Importe aus Großbritannien um 9,7 % zurückgingen, haben die Exporte um 26,9 % zugenommen. Diese Zunahme dürfte über der allgemeinen Zunahme der britischen Importe liegen.⁷⁾

Die Exporte konnten insbesondere bei Textilien, Geräten der Unterhaltungselektronik sowie Papier und Pappe (trotz der noch immer bestehenden Kontingentregelung gemäß dem Freihandelsabkommen) gesteigert werden. Einen Rückgang gab es bei Eisen und Stahl sowie Werkzeugmaschinen.

Bei den Einfuhren aus Großbritannien ist zwar bei Werkzeugmaschinen ein beträchtlicher Importzuwachs eingetreten, bei anderen Produkten, wie z.B. bei Kraftfahrzeugen, jedoch ein Rückgang.

Dänemark:

Während die österreichischen Exporte um 6,2 % zugenommen haben, verringerten sich die Importe um 5,4 %.

Eine Steigerung der Exporte gab es vor allem bei chemischen Erzeugnissen, insbesondere Kunststoffen, sowie bei Maschinen.

Importseitig zeigte sich ein starker Rückgang u.a. bei elektrischen Maschinen, Textilien und Möbeln.

7) Siehe in diesem Zusammenhang auch Fußnote 3), Seite 20.

- 29 -

Irland:

Infolge der Belebung der irischen Wirtschaft nach der Rezession von 1980 stiegen die österreichischen Importe um 15 %, die Exporte um 38,2 %.

Ausführseitig wurden Steigerungen insbesondere bei chemischen Erzeugnissen, bearbeiteten Waren, Maschinen und Verkehrsmitteln sowie sonstigen Fertigwaren erzielt, wobei der österreichische Marktanteil in Irland allgemein eine weiterhin steigende Tendenz aufweist.

Die Importe waren insbesondere ansteigend bei mineralischen Rohstoffen und chemischen Erzeugnissen.

Griechenland:

Mit dem Beitritt Griechenlands zu den EG zum 1. Jänner 1981 hat sich der Warenverkehr Österreichs mit Griechenland in beiden Richtungen verstärkt (Importe um 30 %, Exporte um 27,5 %). Angesichts der gegenwärtig schlechten Wirtschaftslage Griechenlands dürfte die starke Zunahme der österreichischen Exporte insbesondere auf eine Verbesserung der Handelsvorteile für österreichische Exporte aufgrund des Zusatzprotokolls zum Freihandelsabkommen Österreich-EG zurückzuführen sein.

Bei den österreichischen Exporten sind starke Zunahmen insbesondere bei Düngemitteln, Stahl und Papier festzustellen. Auf dem Sektor Ernährung trat erwartungsgemäß ein gewisser Exportrückgang ein.

Griechenland konnte seine Lieferungen nach Österreich insbesondere bei Obst und Gemüse, Bekleidung und Textilien erhöhen.

- 30 -

Schweiz:

Während Importe aus der Schweiz stagnierten (+ 1,1 %), konnten die österreichischen Exporte um 9,1 % gesteigert werden.

Somit hat die seit Jahren anhaltende Verringerung des Handelsbilanzpassivums gegenüber der Schweiz nunmehr zu einem Überschuß zu Gunsten Österreichs von 2,6 Mrd.öS geführt. Dieses Ergebnis hat auch die Tendenz eines rückläufigen österreichischen Marktanteils in der Schweiz zum Stillstand gebracht.

Die größten Exportsteigerungen erzielte Österreich am Sektor Ernährung, einschließlich Getränke (insbesondere Wein), bei Kunstgegenständen, Waffen und Munition, Leder und Lederwaren sowie chemischen Erzeugnissen.

Importe aus der Schweiz stiegen vor allem bei pflanzlichen Waren, Waffen und Munition sowie Kunstgegenständen.

Schweden:

Die österreichischen Einfuhren erhöhten sich um 3,5 %, die Ausfuhren um 2,4 %.

Die Abwertungen der schwedischen Krone dürften vor allem im Konsumgüterbereich die Konkurrenzfähigkeit österreichischer Produkte beeinflußt haben. Durch die relativ breite Streuung der österreichischen Lieferungen und die intensive Marktbearbeitung konnte jedoch der Marktanteil gegenüber dem Vorjahr gehalten werden.

Die österreichischen Ausfuhren stiegen insbesondere bei chemischen Erzeugnissen und Maschinen. Ein Rückgang trat bei Eisen und Stahl ein.

- 31 -

Die Importe entwickelten sich vor allem bei Möbeln und chemischen Erzeugnissen günstiger.

Norwegen:

Die Importe aus Norwegen stagnierten (- 0,3 %), die österreichischen Exporte erhöhten sich leicht (3,7 %).

Die österreichischen Ausfuhren stiegen insbesondere bei Textilien, Bekleidung, Maschinen, Papier sowie Möbeln, sie gingen zurück vor allem bei Leder und Lederwaren, Schuhen sowie Zucker.

Die Einfuhren, insbesondere bei Papier und Pappe nahmen zu; rückläufig waren sie bei NE-Metallen, Fischen und Fischereiprodukten sowie Eisen und Stahl.

Island:

Sowohl die Exporte als auch die Importe zeigten eine substantielle Aufwärtsentwicklung (+ 32,2 % bzw. + 41 %).

Die Bemühungen um Diversifizierung der österreichischen Exporte waren teilweise erfolgreich (z.B. bei Maschinen und elektrischen Ausrüstungen), doch blieb der Anteil der österreichischen Exporte am isländischen Markt noch bedeutend hinter den Anteilen anderer EFTA-Staaten zurück.

Österreichische Exportsteigerungen gab es weiters bei Textilien, Eisen und Stahl, Holzwaren, Papier und Pappe sowie Bekleidung.

Importe stiegen vor allem bei Futtermitteln, Kieselgur und Strickwaren.

- 32 -

Finnland:

Die österreichischen Importe stiegen um 3,3 %, die Exporte jedoch um 17,5 %.

Finnland stellt nicht nur wegen der hohen österreichischen Exportwerte, sondern auch wegen des relativ breit gestreuten Sortiments von zumeist Fertigwaren einen interessanten Handelspartner dar.

Exportsteigerungen waren insbesondere bei Bekleidung, Textilien, Schuhen sowie Eisen und Stahl zu verzeichnen. Die Importe stiegen zum Beispiel bei Arbeitsmaschinen und Textilien an.

Portugal:

Die österreichischen Einfuhren stiegen um 5,7 %, die Ausfuhren um 23,1 %.

Überdurchschnittlich erhöhten sich die Exporte von Maschinen, Eisen und Stahl, Textilien, Nachrichtengeräten und sonstigen Fertigwaren, wogegen die Lieferungen von Spinnstoffen und Kunststoffen zurückgingen.

Die Importe stiegen vor allem bei chemischen Erzeugnissen und Fischkonserven, während die Importe bei Kork, Papierhalbzeug, Textilien (ohne Bekleidung), Maschinen und Schuhen stagnierten bzw. zurückgingen.

Spanien:

Die Einfuhren und die Ausfuhren entwickelten sich insgesamt gut (+ 12 % bzw. + 17,4 %).

- 33 -

Die konjunkturrell schwache Situation in Spanien und Österreich wurde durch die mit dem EFTA/Spanien-Abkommen geschaffenen besseren Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Handelsverkehrs im industriell-gewerblichen Bereich aufgewogen. Damit erhielten österreichische Produkte unter denselben Bedingungen Zugang zum spanischen Markt wie jene aus den EG.

Überdurchschnittliche Exportsteigerungen nach Spanien konnten vor allem bei Metallbearbeitungs-, Büro- und EDV-Maschinen, Bekleidung, Wintersportartikeln und chemischen Erzeugnissen sowie Nachrichtengeräten erzielt werden.

Die Agrarexporte stagnieren weiterhin (z.B. spanische Kontingentregelung bei Käse).

Bei den Einfuhren kommt insbesondere Frischgemüse und Rohfrüchten Bedeutung zu, ihr Importwert war im Berichtsjahr allerdings stagnierend. Stark angestiegen sind Importe bei Maschinen, Papier, Textilien sowie chemischen Erzeugnissen.

II. Die Industrie

Allgemeine Bemerkungen

Wie in den Vorjahren wirkte auch 1981 eine Vielzahl von Faktoren auf die einzelnen Branchen ein, wobei eine Ausgliederung integrationsbedingter Auswirkungen kaum möglich ist.

(Die statistischen Angaben und Vergleiche im nachstehenden Abschnitt beziehen sich in der Regel auf die ersten drei Quartale 1981 bzw. auf die entsprechende Periode des Vorjahres.)

Branchenspezifische Darstellung

1) Grundindustrie

Eisen und Stahl

Der seit dem zweiten Quartal 1980 zu beobachtende kontinuierliche Abwärtstrend auf dem Stahlsektor setzte sich im Berichtsjahr weiter fort. Begleitet war das Konjunkturtief im Stahlbereich von einem extrem starken Preisverfall. Eine leichte Trendumkehr im zweiten und dritten Quartal 1981 führte noch immer nicht zu kostendeckenden Preisen. Preiserhöhungen im Gleichklang mit der EGKS im letzten Quartal 1981 bzw. mit 1. Jänner 1982 geben jedoch Anlaß zur Hoffnung auf insgesamt ausgeglichene Bilanzen im Jahr 1982.

Vom Jänner bis einschließlich November 1981 produzierten die österreichischen Werke um 1,9 % weniger Roheisen, um 1,1 % weniger Rohstahl und um 2,5 % weniger Walzware als im Vergleichszeitraum 1980.

- 35 -

Die Kommerzwalzwarenimporte blieben mengenmäßig auf gleich hohem Niveau. Die Edelstahlimporte fielen im Ausmaß von 7 %. Während die Kommerzwalzwarenexporte mengenmäßig um 9,1 % stiegen, gingen die Edelstahlexporte um 25,5 % zurück.

Der EG-Anteil am Gesamtexport von Kommerzwalzwaren verminderte sich um 48 %, bei Edelstahl auf 46,3 % und lag damit geringfügig über der Marke des Jahres 1979.

Nichteisen-Metalle

Die Import- und Exportentwicklung entsprach der allgemeinen Konjunkturbewegung. Im Export setzten sich die im zweiten Halbjahr 1980 begonnenen Abschwächungstendenzen fort.

Gießerei

Der Einfuhrdruck auch aus den EG-Ländern hielt an. Die Zulieferungen von Kfz-Teilen an die Automobilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, in Frankreich und Schweden wurden verstärkt fortgesetzt; dadurch konnten freie Kapazitäten genützt werden.

Steine, Keramik, Glas

Die Stein- und keramische Industrie konnte die Produktion im ersten Halbjahr 1981 ausweiten. Seit Mitte des Jahres ist ein Nachlassen des Auftragseinganges zu beobachten. In der Zementindustrie hielt der längerfristige Rückgang in der Produktion weiter an. Bei Bauplatten und sonstigen

- 36 -

Wärmeschutzprodukten ergaben sich als Folge zunehmender Wärmedämmung und des Energiesparens verbesserte Absatzmöglichkeiten. Die Schleifmittelindustrie hatte - durch die Stahlkrise bedingt - einen merklichen Auftragsrückgang zu verzeichnen. Die Produktion der Glasindustrie stagnierte.

Bauwirtschaft

Infolge der besonderen Ausrichtung auf den heimischen Markt konnten integrationsbedingte Effekte nicht beobachtet werden.

Holzverarbeitung

Bei einer stagnierenden Gesamtsituation war die Entwicklung der einzelnen Sparten unterschiedlich. Der Beschäftigtenstand insgesamt zeigte sinkende Tendenz.

Die Möbelindustrie hat ihre Produktionsziffern etwa gehalten, doch hat sich die Ertragslage verschlechtert. Trotz des Rückganges der Bautätigkeit im europäischen Freihandelsraum gab es in den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres Steigerungen um 20 % bei der Ausfuhr von Möbeln, insbesondere auch bei Stilmöbeln.

Die Schiindustrie hat ebenfalls eine leichte Zunahme der Ausfuhr zu verzeichnen. Bei den Spanplatten ging die Erzeugung um 13 % und die Ausfuhr um 3 % zurück.

- 37 -

2) Weiterverarbeitungsindustrie

Maschinen

Gegenüber dem Vorjahr haben die Ausfuhren in die EG um 1,1 % zugenommen. Die Exporte in den EFTA-Raum gingen leicht zurück. Auf der Einfuhrseite verzeichneten die Maschinen- und Anlagenimporte aus den EG- und EFTA-Ländern leichte Zunahmen.

Fahrzeuge

Die Produktion verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,1 %. Der Anteil der Einfuhren aus dem EG-Raum an den Gesamteinfuhren sank von 82,8 % auf 72,9 %.

Die Exporte in die Gemeinschaft stiegen von 52,1 % auf 53,0 % der Gesamtausfuhr.

Die Zulieferungen an ausländische Kraftfahrzeugproduzenten beliefen sich auf insgesamt etwa 4,7 Mrd.öS. Davon gingen etwa 3,6 Mrd.öS in die Bundesrepublik Deutschland.

Insgesamt verringerte sich am Fahrzeugsektor der Überschuß der Einfuhren gegenüber den Ausfuhren von 15 auf 13,9 Mrd.öS.

Eisen- und Metallwaren

Die Gesamtimporte blieben mit 15,7 Mrd.öS unverändert. Die Exporte erhöhten sich um 4,2 % auf mehr als 14 Mrd. öS. Der Anteil der EG-Länder an den Einfuhren bzw. Ausfuhren verringerte sich um 2,3 % bzw. 3,2 %. Im Handel mit den EFTA-Ländern blieben die Anteile konstant.

- 38 -

Elektrowaren

Die Produktion stieg um 9,8 %. Der Importanteil der EG-Länder verminderte sich, dem Trend der letzten Jahre folgend, weiter. Noch immer stammen jedoch etwa 3/4 der Einfuhren aus diesen Ländern. Der Anteil der Ausfuhren in die EG lag nach wie vor bei etwa 67 %. Die Anteile im Handel mit der EFTA blieben konstant.

Chemie

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Einfuhranteile aus den EG (76,5 %) und dem EFTA-Bereich (9,4 %) nur unwesentlich. Von den Ausfuhren gingen 47,4 %, das sind um 0,7 % mehr als im Vorjahr, in die EG und 10,4 % in den EFTA-Raum, was einer Zunahme um 1 % entspricht.

3) Konsumgüterindustrie

Nahrungs- und Genußmittel

Die Exporte stiegen um 18 %, die Importe um 6 %. Dadurch konnte der starke Importüberschuß etwas reduziert werden.

Die EG-Erstattungsregelung und der Währungsausgleich führten weiterhin besonders im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland in einigen Sparten zu einer Verschärfung der Situation.

Textilien

Die Produktion war in den ersten drei Quartalen des Berichtsjahres, mit Ausnahme der Sparten Stickerei und technische Textilien, durchwegs rückgängig.

- 39 -

Positiv entwickelte sich hingegen der Außenhandel mit Textilien. In den ersten drei Quartalen konnten sich die Gesamtausfuhren um 22 % steigern, während die Einfuhren lediglich um 2,2 % zunahmen. Die Importe von Textilien kamen auch 1981 zu mehr als 80 % aus dem EG-Raum, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Italien.

In den Monaten Jänner bis November standen Einfuhren von 18,4 Mio. öS, Ausfuhren von 18,7 Mio. öS gegenüber. Für 1981 liegt daher seit langem erstmals wieder eine positive Außenhandelsbilanz am Textilsektor vor.

Bekleidung

Eine ähnliche Entwicklung wie am Textilsektor hatte die Bekleidungsindustrie zu verzeichnen. Während die Importe auch aus dem EG-Raum stagnierten, ist eine Zunahme der Bekleidungsexporte um nahezu 15 % auf 6,2 Mrd. öS eingetreten. Auch hier waren die bedeutendsten Handelspartner aus dem EG-Raum, vor allem die Bundesrepublik Deutschland und Italien.

Leder

Das für die Lederproduktion günstige Preisniveau bei Rohhäuten, das mit geringen Unterbrechungen seit September 1979 anhielt, wurde durch die Preissteigerungen im letzten Quartal 1981 beendet. Die Schuhindustrie hat sich im Berichtsjahr ähnlich wie im Jahr 1980 günstig entwickelt. Die Schuhexporte stiegen weiter an, während die Importe eine leicht rückläufige Tendenz zeigten.

- 40 -

Papier

In den ersten Monaten des Berichtsjahres herrschten noch eine lebhafte Nachfrage und steigende Preise. Im Laufe der folgenden Monaten sank jedoch die Nachfrage, vor allem bei Druck- und Schreibpapieren. Sowohl Österreich als auch die EG führten für je einen Richtplafond die höheren Drittlandszölle - die EG bei gestrichenen Kartons und Österreich bei gestrichenen Druck- und Schreibpapieren - wieder ein.

III Die Landwirtschaft

1) Die Entwicklung des agrarischen Warenverkehrs mit den EG sowie Vereinbarungen Österreichs mit der Gemeinschaft

Das Außenhandelsdefizit Österreichs am Agrarsektor hat sich sowohl insgesamt als auch gegenüber den EG gegenüber 1980 kaum verändert. Das Defizit gegenüber der Gemeinschaft blieb mit 5.766 Mio.öS gegenüber 5.759 Mio.öS im Jahre 1980 gleich. Die Deckungsquote im Agrarhandel gegenüber den EG, die gegenüber 1973 (58,5 %) im Jahr 1980 auf 47 % gesunken ist, stieg im Berichtsjahr wieder auf 50 %. Bemerkenswert ist der steigende Anteil der EG am gesamt-agrarischen Außenhandelsdefizit Österreichs. War dieser Anteil 1973 noch 24,5 %, so machte er 1981 bereits 44,5 % aus.

Die Beziehungen zwischen Österreich und den EG gestalteten sich 1981 insgesamt gesehen durch den Abschluß einiger wichtiger agrarischer Abkommen mit den EG erfolgreich.

Es sind dies:

- Abkommen in Form eines Notenwechsels zwischen Österreich und der EWG zur Änderung des Abkommens über die Einhaltung von Preisen und die Regelung der Einfuhr bestimmter Käse nach Österreich
- Befristetes Abkommen zwischen Österreich und der EWG über eine gemeinsame Disziplin betreffend den gegenseitigen Handel mit Käse
- Abkommen zwischen der Republik Österreich und der EWG über die Kontrolle und den gegenseitigen Schutz von Qualitätsweinen sowie bestimmten mit einer geographischen Angabe bezeichneten Weinen

- 42 -

- Briefwechsel zwischen Österreich und der Gemeinschaft betreffend die Zulassung von Qualitätsweinen mit Ursprung in Österreich, der mit einer geographischen Angabe bezeichnet ist und dessen Gesamtalkoholgehalt ohne jede Anreicherung 15 % Vol überschreitet
- Änderung des Agrarnotenwechsels zwischen Österreich und der EWG vom 21. Juli 1972 im Zusammenhang mit dem Freihandelsabkommen
- Vereinbarung in Form eines Briefwechsels zwischen der EWG und der Republik Österreich über den Handel mit Hammel-Lamm- und Ziegenfleisch.

Diese Abkommen sind für die österreichische Landwirtschaft von besonderer Bedeutung, weil sie es ermöglichen sollten, den Handel mit den von ihnen betroffenen Produkten in Relation zu den EG in der Zukunft zu stabilisieren (wie z.B. bei Käse) und zum Teil darüber hinaus noch auszuweiten. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, denen sich die Gemeinschaft am agrarischen Sektor selbst gegenüber sieht, ist das Erreichte als ein wesentlicher Schritt im Sinne des Artikels 15 des Freihandelsabkommens zur Förderung einer harmonischen Entwicklung des Agrarhandels mit der Gemeinschaft anzusehen.

In Anbetracht der passiven agrarischen Handelsbilanz gegenüber den EG wird Österreich auch in Zukunft bemüht sein müssen, seine Exporte bei bestimmten agrarischen Produkten zu konsolidieren sowie für andere agrarische Produkte zusätzliche Exporterleichterungen zu schaffen.

Auch im Berichtszeitraum wurden in Gesprächen auf Ebene der zuständigen Beamten und Experten die zwischen den EG und Österreich bestehenden Probleme am Agrarsektor erörtert. In den zwei Tagungen des Gemischten Ausschusses auf Grund des Freihandelsabkommens Österreich - EWG wurde auf

- 43 -

die Problematik der österreichischen Agrarexporte hingewiesen und dargelegt, daß die Gemeinschaft für Österreich am Agrarsektor der natürliche und traditionelle Absatzmarkt ist. Diese Tatsache sollten die EG auch bei ihren gegenwärtigen Beratungen über eine Reform der Agrarpolitik nicht außer acht lassen, sodaß Österreich als ein Staat, der von EG-Mitgliedsstaaten umgeben ist, nicht durch protektionistische Schutzmaßnahmen von seinen angestammten Absatzmärkten ausgesperrt wird.

2) Milcherzeugnisse (Käse)

Ausgehend von der seit Jahren diskutierten österreichischen Forderung nach Absicherung der Emmentalerexporte in die Gemeinschaft (insbesondere Italien) war mit den EG generell vereinbart worden, den gesamten Käsehandel zwischen Österreich und der Gemeinschaft einer neuen Regelung zuzuführen. Das Mindestpreisabkommen aus 1978 war dadurch entwertet worden, daß die EG trotz dreimaliger Milchpreiserhöhungen in Österreich nicht bereit war, die Mindestpreise für österreichische Emmentalerexporte anzuheben.

In fast zweijährigen Verhandlungen wurde mit der Gemeinschaft zunächst ein Abkommen geschlossen, das hinsichtlich der Anhebung der Mindestpreise eine Automatik vorsieht (Milchpreiserhöhung in Österreich mal Milcheinsatzfaktor für Käse). Dieses System entspricht auch der allgemeinen Vorgangsweise in der EG-Milchmarktordnung, wo die Preise für Milchprodukte grundsätzlich vom Milchrichtpreis, entsprechend dem Milcheinsatz, abgeleitet werden. Das neue Mindestpreisabkommen vom April 1981 war demgemäß bereits ein wesentlicher Fortschritt.

- 44 -

Da aber auch die EG-Behörden erkannt haben, daß dieses Mindestpreisabkommen für den Käseexport nach Österreich ähnliche Schwierigkeiten mit sich brachte, wie umgekehrt für österreichische Exporte durch die Entwertung der Emmentaler-GATT-Konzession, war der Weg für Verhandlungen über eine umfassende Neugestaltung des beiderseitigen Warenaustausches am Käsesektor zwischen Österreich und den EG frei. Die Verhandlungen wurden ausgehend von der Idee einer mengenmäßigen Limitierung und dem Verzicht auf strikte Einhaltung von Mindestpreisen geführt. Schließlich wurden auch österreichischen Entschädigungswünschen für den Verlust des griechischen Agrarmarktes durch zusätzliche Exportmöglichkeiten für österreichischen Käse in die EG Rechnung getragen.

Das Ergebnis der Ende 1981 abgeschlossenen Verhandlungen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

Die bisherigen Abkommen Österreichs mit der Gemeinschaft auf dem Käsesektor werden ab 1. Jänner 1982 ganz oder teilweise suspendiert. Ein neues, vorerst auf drei Jahre befristetes Abkommen wurde mit der Gemeinschaft neu vereinbart. Darin verpflichteten sich beide Seiten, die Mengen ihrer Exporte in das Gebiet des Vertragspartners zu begrenzen, und zwar die österreichischen Ausfuhren in die EG auf 14.700 t und die EG-Ausfuhren nach Österreich auf 5.000 t. Mindestpreise werden in Zukunft bei der Zollabfertigung nicht mehr kontrolliert, jedoch bei der Ausstellung der Importlizenz erfolgt eine gewisse Überwachung.

Österreich hat sich weiters verpflichtet, eine Kontrolle im Hinblick auf die vereinbarten mengenmäßigen Obergrenzen sowohl beim Export als auch beim Import durchzuführen. Schließlich wurde ein vierteljährliches Informationssystem über Preise und Mengen eingeführt.

- 45 -

3) Wein

Die Unterzeichnung des schon im September 1980 fertiggestellten Abkommens betreffend die Kontrolle und den gegenseitigen Schutz von Qualitätsweinen sowie bestimmten mit einer geographischen Angabe bezeichneten Weinen bzw. des Briefwechsels über Österreichische Qualitätsweine mit mehr als 15° Gesamtalkoholgehalt hat sich dadurch verzögert, daß die Bundesrepublik Deutschland die Übereinkommen mit der Regelung eines damals noch in Verhandlung stehenden österreichisch-deutschen Abkommens über den Schutz von Herkunftsbezeichnungen junktimierte und die Beschlußfassung in den Gemeinschaftsgremien blockierte. Die erwähnten bilateralen Verhandlungen wurden im Juli 1981 abgeschlossen und das Verfahren zur Unterzeichnung des Qualitätsweinabkommens sowie des Briefwechsels auch auf Seite der Gemeinschaft eingeleitet.

Das Abkommen über die Anerkennung von Qualitätsweinen sieht vor, daß die Qualitätsweine Österreichs in der Gemeinschaft und jene der Gemeinschaft in Österreich hinsichtlich ihrer Bezeichnung in jenem Ausmaß geschützt sind, wie es durch die weinrechtlichen Bestimmungen des Herkunftslandes festgelegt ist. Die Bezeichnungs- und damit auch die Produktionsvorschriften, die zur Erlangung dieser Bezeichnungen eingehalten werden müssen, werden sohin im Empfängerland anerkannt und angewendet.

Mit diesem Abkommen sollen in Zukunft Mißbräuche beim Weinexport leichter abgestellt werden können, da die Exporteure nun das Recht haben, die Gerichte im Empfängerland anzurufen und die Verwaltungen verpflichtet sind, von sich aus gegen Mißbräuche einzuschreiten.

- 46 -

Über den Bereich der Qualitätsweine hinaus sind für die EG auch Landweine ("vin de pays" in Frankreich) und andere Weine mit einer geographischen Angabe, die unter besonderen Bedingungen gewonnen wurden, in den Schutz mit einbezogen. Auch Österreich hat das Recht, nachträglich solche Weine in das Abkommen aufzunehmen.

Im Protokoll zum Abkommen wurde vereinbart, daß der Verschnitt von Importweinen mit Inlandsweinen nicht mehr möglich ist.

Gleichzeitig mit dem Qualitätsweinabkommen werden durch eine EG-Verordnung Weine mit einem Gesamtalkoholgehalt von über 15° aus Österreich in der Gemeinschaft zum freien Verkehr zugelassen. Diese Maßnahme wurde nun durch einen Briefwechsel mit Österreich vertraglich abgesichert.

Das Qualitätsweinabkommen stellt das erste Abkommen dieser Art der Gemeinschaft mit einem dritten Staat dar. Integrationspolitisch ist dieses insbesondere durch die Herstellung eines besonderen Naheverhältnisses zur Gemeinschaft auf dem Sektor Wein und damit der Sicherung der Exporte bezüglich des handelspolitischen Vorteils der Regelung der lange Jahre ungelöst gewesenen Frage des Exportes österreichischer Weine von mehr als 15° Gesamtalkoholgehalt in die EG von besonderer Bedeutung.

Darüberhinaus kann das Abkommen durch seine Abgrenzung höherwertiger Weine von minderen Weinen als Basis für die ins Auge gefaßte österreichische Forderung nach Zollsensungen durch die Gemeinschaft dienen.

4) Schafe

Die EG haben 1980 eine gemeinsame Marktorganisation für Schafe und Ziegenfleisch beschlossen, die u.a. vorsieht, daß der bisherige Zoll für den Import von Lebewesen in der Höhe von 15 % durch eine variable Abschöpfung ersetzt wird, die sich auf den österreichischen Export von rund 14.000 Schafen prohibitiv hätte auswirken können. Österreich hat daher wie die meisten anderen Länder, die Schafe und Schaffleisch in die Gemeinschaft exportieren, mit dieser ein Abkommen geschlossen, welches als Gegenleistung für eine Selbstbeschränkung der österreichischen Exporte auf etwa 15.000 Stück (das heißt 300 Tonnen Schlachtkörpergewicht), jährlich eine Limitierung der EG-Abschöpfung für Lieferungen im vorerwähnten Rahmen auf höchstens 10 % vorsieht. Die nun Österreich eingeräumte Quote mit begünstigter Abschöpfung ist etwas höher als die durchschnittlichen österreichischen Exporte der letzten Jahre in die Gemeinschaft (insbesondere nach Italien).

5) Änderung des Agrarnotenwechsels

Nach dem Beitritt Griechenlands zu den EG ist es bei der innerösterreichischen Kontingentverteilung zu Schwierigkeiten vor allem für griechische Lieferungen von Obst und Gemüse gekommen. Österreich hat die Gemeinschaft bereits 1980 auf diese zu erwartenden Probleme bei der Aufteilung der Importmöglichkeiten von bisher neun auf zehn EG-Staaten aufmerksam gemacht.

Durch die mit dem Beitritt Griechenlands erfolgten Änderungen wurde ein Handelsverlust von ca. 70 Mio.ÖS bei österreichischen agrarischen Exporten errechnet. Die Gemeinschaft war schließlich bereit, diesen Verlust auszu-

gleichen und gleichzeitig mit dem Käseabkommen eine Änderung des Agrarnotenwechsels Österreichs mit den EG vom 21. Juli 1972 durchzuführen. Dadurch wurden die importseitig wirksamen österreichischen Quoten für Obst, Gemüse und Wein so geändert, daß bestehende griechische Lieferanteile Berücksichtigung fanden. Die neuen Quoten für Obst, Gemüse und Wein lauten nunmehr: Obst 82 %, (derzeit 75 %), Gemüse 65 % (derzeit 60 %), Wein 52 % (derzeit 50 %).

Mit dem gegenständlichen Notenwechsel wurde weiters die österreichische Liefermöglichkeit von 38.000 Stück Nutztürkern, die nur hinsichtlich 30.000 Stück mit 4 % vertraglich abgesichert war, in dieser Vereinbarung in voller Höhe festgeschrieben. Die Gemeinschaft verpflichtete sich überdies, Maßnahmen zu setzen, die die Ausnützung des vollen Kontingentes ermöglichen.

6) Zulassung österreichischer Schlacht- und Zerlegungsbetriebe zum Export von Frischfleisch in die Gemeinschaft

Österreich war auch im Berichtsjahr bemüht, auf den Inhalt und Zeitpunkt einer Entscheidung der Gemeinschaft über die Zulassung österreichischer Schlacht- und Zerlegungsbetriebe Einfluß zu nehmen, um den interessierten österreichischen Betrieben die Möglichkeit zu geben, sich auf die EG-Vorschriften umzustellen und damit eine möglichst reibungslose Weiterführung der Exporte in die EG sicherzustellen. Die EG-Kommission hat sich grundsätzlich zu weiteren Besichtigungen österreichischer Betriebe durch EG-Experten bereiterklärt, sobald die erforderlichen technischen Anpassungen erfolgt sind.

7) Rinder und Rindfleisch

Nutzrinder

Die Höhe des an sich GATT-weiten, jedoch den österreichischen Liefermöglichkeiten entsprechenden Gemeinschaftszollkontingentes für weibliche Nutzrinder der Höhenrassen beträgt 38.000 Stück. Im Berichtsjahr wurden im Zusammenhang mit der Ausnützung dieses Kontingentes verschiedene Unzukömmlichkeiten festgestellt, die zunächst in statistischen Divergenzen sowie in Lieferungen auf dieses Kontingent seitens anderer Länder gegeben waren. Darüber hinaus hat die Gemeinschaft bei der Verwaltung des Kontingentes nicht die tatsächlichen österreichischen Exporte, sondern die von den EG-Staaten erteilten Lizenzen für Importe zugrundegelegt.

Schlachtrinder

Das 1972 mit der Gemeinschaft vereinbarte System des besonderen Einfuhrpreises hat sich aufgrund seiner Flexibilität im Berichtsjahr für die österreichischen Exporte von Schlachtrindern und Rindfleisch als überaus vorteilhaft erwiesen.

Zuchtrinder

Die zuständigen österreichischen Stellen verfolgen die Entwicklung der diesbezüglichen Gemeinschaftsregelungen sorgfältig und haben in diesem Zusammenhang eine Einladung an EG-Experten zu einem Besuch Österreichs ausgesprochen.

IV Andere Bereiche

1) Arbeitsmarktpolitik

Die durchschnittliche Arbeitslosenrate betrug im Berichtsjahr 2,4 % und ist somit gegenüber dem Vorjahr um 0,5 %-Punkte gestiegen, was im Vergleich mit anderen Industriestaaten als günstig bezeichnet werden kann. Die Zahl der im Jahresdurchschnitt vorgemerkten Arbeitslosen betrug 69.295 und lag somit um 16.134 über der Zahl des Vorjahres. Die Zahl der unselbständigen Beschäftigten lag mit 2.798.557 im Jahresdurchschnitt um 9.820 über dem Jahresdurchschnitt des Vorjahres.

Die Zahl der unselbständig beschäftigten Ausländer betrug im Jahresdurchschnitt 171.773 und ist daher gegenüber dem Vorjahr um 2.939 gesunken. Die Zahl der offenen Stellen betrug im Jahresdurchschnitt 25.313 und lag damit um 11.157 unter der Zahl des Vorjahres.

An finanziellen Mitteln wurden für Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik nach dem Arbeitsmarktförderungsgesetz rund 1.385 Mio. S aufgewendet. Auch 1981 wurden die im arbeitsmarktpolitischen Schwerpunktprogramm angeführten Maßnahmen nach Maßgabe der Möglichkeiten bevorzugt für die Lösung von Beschäftigungsproblemen der nachstehenden Personengruppen eingesetzt:

Angehörige jüngerer Jahrgänge mit oder ohne Berufsausbildung,
Behinderte,
Frauen und
ältere Arbeitnehmer.

- 51 -

Das Sonderprogramm zur Förderung zusätzlicher Lehrstellen wurde auch im Berichtsjahr weiter durchgeführt.

Im Jahresdurchschnitt standen 1.855 Arbeitskräfte in Kurzarbeit.

Zur Aufrechterhaltung des hohen Beschäftigungsniveaus und zur Verhinderung eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit wurden die Einsatzmöglichkeiten des Instrumentariums der Arbeitsmarktpolitik zur Beschäftigungssicherung im Rahmen einer auf die Strukturverbesserung der österreichischen Wirtschaft ausgerichteten Wirtschaftspolitik voll genutzt.

Größere Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt konnten damit verhindert werden. Allerdings ist gegen Ende der zweiten Jahreshälfte eine eindeutige Verschlechterung eingetreten. So war die Anzahl der unselbständig Beschäftigten Ende 1981 mit 2,768.747 um 17.169 niedriger als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Auch das Ansteigen der Arbeitslosenrate im Monat Dezember gegenüber Dezember 1980 um 1,3 % Punkte auf 4,1 % zeigt eine tendenziell verschlechterte Beschäftigungssituation an.

2) Raumordnungsfragen

Die österreichische Raumordnungskonferenz hat im Berichtsjahr nach langjährigen Beratungen das Österreichische Raumordnungskonzept beschlossen. Dieses Konzept ist eine Rahmenplanung auf gesamtösterreichischer Ebene und wurde von den Mitglieder der Österreichischen Raumordnungskonferenz unter Einbeziehung des gegebenen Wissens- und Planungsstandes bei Bund, Ländern und Gemeinden erarbeitet. Die Zielsetzungen beziehen sich daher im allgemeinen auf Raum- bzw. Gebietstypen; raumindividuelle Festlegungen werden nur hinsichtlich der zentralen Orte, der Entwicklungszentren sowie der Gebiete für koordinierte Maßnahmen der Gebietskörperschaften getroffen. Insbesondere wurden derartige koordinierte Maßnahmen für entwicklungsschwache Problemgebiete, strukturschwache Problemgebiete (Industriegebiete) und erneuerungsbedürftige städtische Problemgebiete vereinbart.

Grundsätzlich wird die Herstellung von möglichst gleichwertigen und ausgewogenen Lebensbedingungen in ganz Österreich angestrebt.

Die als Hilfe zur Selbsthilfe für entwicklungsbenachteiligte Regionen - auch in Grenzregionen zu EG-Staaten - gedachte "Sonderaktion des Bundeskanzleramtes zur Stärkung entwicklungsschwacher ländlicher Räume in Berggebieten Österreichs" wurde auf weitere drei Jahre (bis incl. 1984) verlängert. Die ausgewählten Förderungsgebiete wurden auf alle im Berggebiet liegenden entwicklungsschwachen Problemgebiete gemäß dem Österreichischen Raumordnungskonzept ausgedehnt.

- 53 -

Die Sonderförderungsaktionen des Bundes, die gemeinsam mit dem jeweiligen Land durchgeführt werden, wurden für das Waldviertel und die Obersteiermark weitergeführt, für den Lungau und die Regionen Niederösterreich-Süd neu aufgenommen.

Die Österreich-Deutsche Raumordnungskommission hat "Empfehlungen zur grenzüberschreitenden Abstimmung der Raumordnung in Gemeinden in Gebieten nahe der gemeinsamen Staatsgrenze" beschlossen. Weiters hat diese Kommission "Empfehlungen zum Ausbau des durchgehenden Personenverkehrs und zur durchgehenden Elektrifizierung der Bahnstrecke München - Simbach/Braunau - Linz" angenommen.

E Integrationsentwicklung auf anderen Gebieten

I Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der europäischen Staaten und EURONET

Die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung (COST), an der die Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft, die Gemeinschaften selbst und europäische Drittstaaten (darunter Österreich) teilnehmen, kann nunmehr auf eine 10-jährige Tätigkeit zurückblicken. Am 23. November 1981 wurde dieser Jahrestag im Rahmen einer Tagung des Ausschusses Hoher Beamter in Brüssel gewürdigt. Aus diesem Anlaß wurde eine Broschüre vorgestellt, die der interessierten Öffentlichkeit die wichtigsten Informationen über COST vermitteln soll.

Im Berichtsjahr wurde die Identifizierung möglicher neuer Forschungsgebiete im COST-Rahmen fortgesetzt, wobei insbesondere die Gebiete der Sozialwissenschaften und der Sicherheit im Industriebereich weitere COST-Forschungsaktionen erwarten lassen.

Auf dem Gebiet der Werkstoffkunde werden unter österreichischer Beteiligung vier Vorschläge für neue Aktionen vorbereitet. Im November wurde von zehn Staaten, darunter Österreich, sowie von der EWG eine gemeinsame Absichtserklärung über die Durchführung eines europäischen Forschungsvorhabens betreffend Hochtemperaturwerkstoffe für durch fossile Brennstoffe gespeiste Energieerzeugungs- und -umwandlungssysteme unterzeichnet, die die derzeit laufende Aktion betreffend Werkstoffe für Gasturbinen ablösen soll.

Auf dem Verkehrssektor stimmte Österreich einer Verlängerung der Aktion "Elektronische Hilfen für den Verkehr auf großen Fernverkehrsstraßen" zu. Auch hinsichtlich anderer geplanter Aktionen auf dem Verkehrssektor besteht österreichisches Interesse.

- 55 -

Hinsichtlich der Aktion zur Behandlung und Verwendung von Klärschlamm fanden Verhandlungen zu deren Verlängerung statt; die Unterzeichnung eines diesbezüglichen neuen Abkommens steht bevor.

Auf dem Gebiete des Fernmeldewesens beteiligt sich Österreich an einer COST-Aktion, die den "Einfluß der Atmosphäre auf die Wellenausbreitung auf Satellit-Erde-Funkstrecken bei Frequenzen über 10 GHz" zum Gegenstand hat. Die diesbezügliche gemeinsame Absichtserklärung wurde von Österreich im Berichtsjahr unterzeichnet.

Eine Beteiligung Österreichs an einer Aktion auf dem Gebiet der Meteorologie (Niederschlagsmessung mit Radar) sowie der medizinischen Forschung und des Gesundheitswesens (Thromboseforschung) wird noch geprüft.

EURONET

Österreich führte 1981 mit der EG-Kommission exploratorische Gespräche hinsichtlich einer Beteiligung Österreichs am Datenübertragungsnetz der Gemeinschaft (EURONET). Mit der Erstellung eines gemeinsam ausgearbeiteten Abkommensentwurfes, der die Grundlage für die Aufnahme von Verhandlungen bildet, konnte die exploratorische Phase abgeschlossen werden.

II Verkehrspolitik

Innkreis-Pyhrn-Autobahn (IKPA):

Die österreichische Bundesregierung hat 1977 bei den EG einen Antrag auf Mitfinanzierung von Abschnitten der Innkreis-Pyhrn-Autobahn zwecks beschleunigter Fertigstellung dieser Transitroute gestellt. Nach fast fünfjährigen ständigen Bemühungen um Erwirkung dieser Finanzierungsbeteiligung - im März 1981 fanden in Brüssel Gespräche zwischen einer unter der Leitung des Bundesministers Sekanina stehenden österreichischen Delegation und den zuständigen EG-Kommissaren statt - ist vom EG-Verkehrsministerrat am 15. Dezember 1981 der Beschluß gefaßt worden, Österreich die Aufnahme formeller Verhandlungen über Verkehrsfragen vorzuschlagen.

Der EG-Ministerrat hat die bestehenden Probleme im Zusammenhang mit dem Transit durch Österreich anerkannt, jedoch dem österreichischen Wunsch nach einem Finanzierungsbeitrag der Gemeinschaft zur Fertigstellung der Innkreis-Pyhrn-Autobahn noch nicht Rechnung getragen.

Diese Haltung des EG-Ministerrates wird im Hinblick auf die weitere Vorgangsweise österreichischerseits geprüft.

Kombinierter Güterverkehr Schiene/Straße

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat aufgrund eines diesbezüglichen Verhandlungsmandats, welches der EG-Ministerrat im März 1981 erteilte, Österreich, Norwegen, Schweden, Finnland, die Schweiz, Jugoslawien und Spanien zu einem Gedankenaustausch über Fragen des kombinierten Güterverkehrs Schiene/Straße eingeladen. Ziel dieser Initiative soll nach Vorstellung der EG die Schaffung eines einheitlichen rechtlichen Rahmens für die Förderung dieser Transporte sein.

- 57 -

Dieser exploratorische Gedankenaustausch zwischen einer österreichischen Delegation und Vertretern der EG-Kommission fand am 29. Oktober 1981 in Brüssel statt. Das Ergebnis dieses Gedankenaustausches wird von den zuständigen österreichischen Stellen zur Zeit geprüft.

III Wirtschafts- und Währungsfragen, informelle Kontaktgespräche Österreich-EG

Die enge wirtschaftspolitische Verflechtung Österreichs mit den Staaten der Europäischen Gemeinschaft bedingt auch Auswirkungen des Europäischen Währungssystems (EWS) auf unser Land, das seine Währungspolitik daran orientiert. Ziel des EWS ist die Errichtung einer Zone monetärer Stabilität in Europa, wodurch die Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs im Integrationsraum, durch die Vorhersehbarkeit der Wechselkurse gesichert werden soll.

Nach der Ölpreisexplosion der Jahre 1979/80 wurden das EWS und die daran orientierten Währungen 1980/81 durch den steilen Anstieg der Dollarzinsätze und des Dollarwechsellkurses⁸⁾ einem neuen Schock ausgesetzt, ohne daß es auseinanderbrach. Noch bis März 1981 konnten die EWS-Zentralbanken zusammen mit der New Yorker Federal Reserve Bank durch Devisenmarktinterventionen die Schwankungen des Dollarkurses gegenüber den EWS-Währungen mildern und die Eskalation der Zinssätze verzögern. Nach der offiziellen Mitteilung der USA im Mai 1981, nur noch Ausnahmesituationen zu intervenieren, sahen sich die europäischen Staaten einschließlich Österreichs gezwungen, der Entwicklung der US-Zinsen bis zur Beruhigung im Sommer 1981 verstärkt zu folgen, da sie nun die Lasten für Devisenmarktinterventionen allein zu tragen hatten.

8) Aufwertung des US-Dollars gegenüber der ECU um rd. 45 % in der Zeit zwischen Juli 1980 und August 1981.

- 58 -

Das EWS hat in dieser Periode großer Wechselkursschwankungen seine Aufgabe, eine stabile Währungszone in Europa zu schaffen, erfüllt, auch wenn das Ziel einer Konvergenz in Richtung der internen Stabilität noch nicht verwirklicht werden konnte. Die beteiligten Währungen konnten im allgemeinen innerhalb des EWS-Bandes gehalten werden.

Staaten, deren Währungen die obere (DM im September 1981) oder die untere (dänische Krone im August/September 1979, italienische Lira im März 1981) Abweichungsschwelle überschritten, erklärten entweder neue Leitkurse oder trafen die erforderlichen binnenwirtschaftlichen Maßnahmen (Belgien). Während der die beiden Leitkursanpassungen im Herbst 1979 (dänische Krone und DM) als Anpassungen der Ausgangspositionen betrachtet werden können, stellten die Abwertungen der Lira im Rahmen der dritten Leitkursfestsetzung März 1981) sowie des französischen Francs und der Lira im Rahmen der vierten Leitkursfestsetzung (Oktober 1981) Anpassungen der Wechselkurse (- 3 %) an die stark gestiegenen relativen Kosten und Preise der betreffenden Länder dar. Bei der vierten Leitkursfestsetzung wurde darüber hinaus die Stärke der DM in Form einer Aufwertung (+ 5,5 %) berücksichtigt, die auch vom holländischen Gulden mitvollzogen wurde .

Auch der Schilling machte die Aufwertung der DM mit. Dies entsprach dem währungspolitischen Ziel, den Schilling gegenüber der DM auf Grund der engen wirtschaftlichen Verflechtung Österreichs mit der Bundesrepublik Deutschland weitgehend stabil zu halten. Die Orientierung an einer harten Währung ist die stabilisierungspolitische Voraussetzung für eine kontrollierte Einkommenspolitik sowie für die Dämpfung von Inflationimport und Inflationserwartungen.

- 59 -

Trotz dieser Leitkursfestsetzungen haben sich die effektiven Wechselkurse der EWS-Länder nur wenig geändert, was auch gegenüber europäischen Drittländern wie Österreich gilt. Diese relative Stabilität der effektiven Wechselkurse war jedoch bei den EWS-Ländern nicht von einer verstärkten Konvergenz der Preis- und Kostenentwicklung begleitet. Eine im wesentlichen auf die Verteidigung der nominellen Wechselkurse gerichtete Geld- und Zinspolitik führte so zu erheblichen Veränderungen der realen Wechselkurse, wodurch interne Anpassungserfordernisse um so sichtbarer wurden.

Die Zinspolitik der EWS-Länder trug weitestmöglich sowohl internen wie externen Zielen Rechnung und wurde niemals vollständig der kurzfristigen Steuerung der monetären Aggregate untergeordnet. Die Entwicklung der Geldmarktzinsen in der Bundesrepublik, in Frankreich, Italien und in den Benelux-Staaten war im allgemeinen ähnlich. Ein in den EWS-Ländern angesichts der stagnierenden Wirtschaft gewünschter Rückgang der Zinsen wurde durch das hohe Niveau der US-Zinsen verhindert.

Auch Österreich verzeichnete eine den genannten EWS-Ländern ähnliche Zinsentwicklung, da die Bindung des Wechselkurses des Schillings an jenen der sogenannten Hartwährungsländer, insbesondere an jenen der DM, eine Zinsentwicklung bedingt, die vor allem an jener der Bundesrepublik Maß nimmt. Dadurch soll vermieden werden, daß neben dem strukturellen Leistungsbilanzdefizit Faktoren ins Spiel kommen, die den Außenwert des Schillings schwächen könnten.

Ursprünglich hatten die EG vorgesehen, das EWS am 13. März 1981 in seine institutionelle Endphase überzuleiten. Die EG-Staaten sahen sich jedoch nicht in der Lage, diesen Zeitplan einzuhalten und einigten sich zuletzt darauf, den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit und die Rolle der ECU zu stärken.

- 60 -

Im Berichtsjahr fand das 4. Gespräch zwischen Experten der EG-Kommission und Österreich betreffend Wirtschafts-, Währungs- und Konjunkturfragen in Brüssel statt. Gegenstände der Besprechung waren die kurzfristigen Wirtschaftsaussichten, die Wirtschaftseinschließlich der Haushaltspolitik, die Währungspolitik und das Europäische Währungssystem.

Die EG-Experten verwiesen dabei auf die durch die strengere Geld- und Kreditpolitik stark gestiegenen langfristigen Realzinsen (1981: + 3,5 %; 1975: - 1,8 %) und ihre hemmende Wirkung auf die wirtschaftliche Aktivität. Hinsichtlich der Budgetpolitik wurde hervorgehoben, daß die meisten EG-Mitgliedstaaten weiterhin bestrebt sind, ihre Defizite mittelfristig zu reduzieren und so die restriktive Politik zu unterstützen.

IV Zusammenarbeit mit den EG auf dem Gebiet des Umweltschutzes

Die Kontakte wurden auf schriftlichem Wege und durch Expertenbesprechungen fortgesetzt. Die dritte Tagung der Höheren Beamten wurde im Oktober in Brüssel abgehalten; dabei wurden neue Umweltschutz-Vorschriften der EG und Fragen der Chemikalienprüfung, der ökologischen Kartierung und der Umweltverträglichkeitsprüfung behandelt.

V Fragen des österreichischen Lebensmittelrechtes im Verhältnis zu den EG

Die Kontakte zur Lösung anstehender Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung des österreichischen Lebensmittelrechtes bei Importen aus den EG durch die österreichischen Behörden wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt und auf konkrete Anfragen der EG entsprechende Informationen gegeben.

VI Europäisches Markenrecht

Im Jahre 1981 war die Tätigkeit der EG auf dem Gebiet des europäischen Markenwesens geprägt von einem Vorschlag der Kommission vom November 1980 betreffend eine "Erste Richtlinie des Rates zur Angleichung des Markenrechtes der Mitgliedstaaten" und betreffend eine "Verordnung des Rates über die Gemeinschaftsmarke".

Der Inhalt dieser Vorschläge ist auch im Rahmen der EFTA-Arbeitsgruppe für Markenrecht geprüft worden, wobei in Wien die Tagung einer Redaktionsgruppe abgehalten worden ist. In der Folge sind insbesondere durch die EFTA die notwendigen Kontakte zur Gemeinschaft hergestellt worden.

Die Entwicklung dieses Rechtsgebietes wird weiterhin aufmerksam verfolgt.

- 62 -

F Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1981

Die Europäischen Gemeinschaften standen im Jahre 1981 im Zeichen der anhaltenden Wirtschaftskrise, der Reformbemühungen, des Beitritts Griechenlands und einer verstärkten politischen Zusammenarbeit.

Die Wirtschaftsentwicklung erreichte zu Jahresende mit 10 Mio. Arbeitslosen und etwa 11 % Inflationsrate ein bisher in der Gemeinschaft nicht gekanntes Tief. Einflüsse von außen, wie hohe Erdöl- und Rohstoffpreise, der Dollar-Wechselkurs, das hohe Zinsniveau und ein zunehmender Konkurrenzdruck aus Übersee, insbesondere Japan, sowie die unbefriedigenden und von Land zu Land unterschiedlichen wirtschaftlichen Ergebnisse der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten waren die Hauptursachen hierfür.

Der Integrationsstand konnte auch in dieser Krisenzeit gehalten werden und die Integrationseinrichtungen, wie Zollunion, gemeinsame Agrarpolitik, Europäisches Währungssystem und Wettbewerbsregelungen blieben funktionsfähig.

An einer wirksamen Krisenbekämpfung konnte sich die Gemeinschaft als solche zumeist nur mittelbar beteiligen, da die Kompetenzen hierfür in vielen Bereichen noch bei den EG-Staaten liegen und die angestrebte wirtschaftspolitische Konvergenz der Mitgliedstaaten unzureichend blieb. Der Europäische Gerichtshof leistete einen wertvollen Beitrag zur Anwendung der Verträge, vor allem zur Hintanhaltung protektionistischer Tendenzen.

Die von den Staats- und Regierungschefs mit dem Mandat vom 30. Mai 1980 eingeleiteten Reformarbeiten über den weiteren Ausbau von Gemeinschaftspolitiken, die gemeinsame Agrarpolitik und das Gemeinschaftsbudget wurden weitergeführt. Gegen Jahresende zeichneten sich zwar gewisse Lösungen ab, die jedoch noch Gegenstand weiterer Prüfungen sind. Ein Schwerpunkt dieser Bemühungen

- 63 -

liegt auch in diesem Jahr bei der gemeinsamen Agrarpolitik und beim Verlangen Großbritanniens nach Verringerung seines Budgetbeitrages. Im Agrarbereich werden u.a. Garantieschwellen und flankierende Maßnahmen zur Verringerung der Garantien im Hinblick auf eine Eindämmung der Überschüsse, eine aktive Ausfuhrpolitik und eine Verbesserung der Marktordnungen für Mittelmeerprodukte vorgesehen.

Das Europäische Parlament hat durch eine aktive Befassung mit den Gemeinschaftsproblemen und durch Stellungnahmen zu außenpolitischen Fragen seiner Position innerhalb der Gemeinschaft mehr Gewicht verleihen können.

Sektorielle Schwierigkeiten bestanden insbesondere in der Stahl- und Textilindustrie. Der gemeinsame Binnenmarkt funktionierte im großen und ganzen zufriedenstellend; protektionistische Tendenzen konnten im wesentlichen unter Kontrolle gehalten werden.

Das Europäische Währungssystem wirkte sich weiterhin auf die Wirtschaftsentwicklung in den EG stabilisierend aus. Die zweite Stufe des Systems wie auch die Einbeziehung Großbritanniens und Griechenlands in den Wechselkursverbund konnten jedoch nicht erreicht werden.

In den Außenbeziehungen gewann die politische Zusammenarbeit der EG-Mitgliedstaaten an Bedeutung; sie wurde institutionell verstärkt und ein Krisenmanagement vorgesehen. In ihrem Rahmen nahmen die Mitgliedstaaten gemeinsam zu den wichtigsten internationalen Problemen Stellung. Sie traten auch in internationalen Organisationen sowie bei internationalen Konferenzen vermehrt gemeinsam auf. Die deutsche und italienische Regierung haben einen Vorschlag für eine "Europäische Akte" und eine Erklärung zur europäischen Integration unterbreitet, die insbesondere eine Zusammenfassung der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen

- 64 -

Politischen Zusammenarbeit unter der Autorität des Europäischen Rates vorsieht und eine gewisse sicherheitspolitische Konzertierung sowie eine kulturelle Zusammenarbeit in die angestrebte politische Union einbeziehen soll.

Die Erweiterungsverhandlungen mit Spanien und Portugal wurden fortgesetzt, allerdings verlangsamt, da sie mit den Reformbemühungen auf Grund des Mandates vom Mai 1980 in Zusammenhang gestellt wurden. Die substantiellen Fragen blieben nach wie vor offen.

Die EG versuchten in Zusammenarbeit mit den USA und Japan zunehmende Spannungen, die sich aus dem verstärkten Exportdruck japanischer Produkte einerseits und wegen amerikanischer Maßnahmen auf dem Stahlsektor sowie durch Beschwerden der USA gegen die Agrarsubventionspolitik der EG andererseits ergeben, abzubauen. Diese Bemühungen blieben bisher ohne nennenswerten Fortschritt.

Einen besonderen Platz in den Außenbeziehungen der Gemeinschaft nahmen die Entwicklungsländer ein. Konkreten Ausdruck findet dies im 2. Assoziierungsabkommen von Lomé, das den assoziierten Überseeländern (AKP-Länder) den freien Zugang zum Gemeinschaftsmarkt sichern und eine Stabilisierung ihrer Ausfuhrerlöse garantieren soll.

Zollunion und Binnenmarkt

Die schwierige wirtschaftliche Lage, insbesondere sektorielle Probleme, haben auch im Inneren der Gemeinschaft protektionistische Interessen verstärkt. Die unbefriedigenden Wachstumsaussichten und die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit haben am Binnenmarkt der Gemeinschaft zu mittelbar diskriminierenden Handelshemmnissen geführt. Der Beseitigung bestehender sowie der Verhinderung künftiger technischer Handelshemmnisse kommt daher in zunehmendem Maße Bedeutung zu. Gleiches gilt auch für Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen.

- 65 -

Die EG-Kommission bemüht sich, u.a. auch durch Befassung des Europäischen Gerichtshofes, diesen Tendenzen entgegenzutreten. Mit ihren Vorschlägen stößt sie aber häufig auf das schwerfällige Rechtssetzungsverfahren in der Gemeinschaft bzw. in ihren Mitgliedsstaaten. Die Kommission vertritt die Auffassung, und dies dürfte den Tendenzen in mehreren EG-Mitgliedsstaaten entgegenkommen, daß den EG-Waren durch gemeinschaftliche Regelungen im industriellen Bereich (wie z.B. bei technischen Vorschriften und Normen) konkrete Elemente einer europäischen Präferenz zukommen sollten. Eine Entwicklung dahin, der von Drittstaaten besondere Beachtung geschenkt werden sollte.

Der Europäische Gerichtshof war im Berichtsjahr um die Konkretisierung seines (im Urteil "Cassis de Dijon") niedergelegten Rechtsstandpunktes bemüht, wonach Hemmnisse für den Binnenhandel der Gemeinschaft aus unterschiedlichen nationalen Vorschriften nur soweit hingenommen werden müssen, "soweit diese Bestimmungen notwendig sind, um zwingenden Erfordernissen gerecht zu werden, insbesondere den Erfordernissen einer wirksamen steuerlichen Kontrolle, des Schutzes der öffentlichen Gesundheit, der Lauterkeit des Handelsverkehrs und des Verbraucherschutzes". Alle übrigen Vorschriften seien als Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen anzusehen und stünden daher im Widerspruch zum EWG-Vertrag.

Von den dem Rat vorliegenden 55 Richtlinienvorschlägen im Bereiche der Rechtsangleichung sind rund 30 wegen des Problems des Zugangs zur Erteilung von Gemeinschaftsbescheinigungen für Waren aus Drittländern (Anerkennung von Prüfungen und Zertifikaten aus Drittstaaten) blockiert.

Die EG-Kommission erließ eine Reihe von Entscheidungen, durch die Beihilfen untersagt werden, die EG-Mitgliedsstaaten im Rahmen allgemeiner Beihilfenregelungen gewähren wollten. Sie drängte auf eine verschärfte Beihilfendisziplin und ging in einigen Fällen durch die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren beim Europäischen Gerichtshof gegen einzelne Mitgliedsstaaten vor.

- 66 -

Außenbeziehungen

Die Beitrittsverhandlungen der Gemeinschaft mit Spanien und Portugal gehen nur schleppend voran, da die Gemeinschaft die internen Beratungen im Zusammenhang mit dem Mandat vom Mai 1980 (Agrarpolitik und Budget) noch nicht abgeschlossen hat. Einige EG-Mitgliedsstaaten vertreten die Meinung, daß mit den Beitrittskandidaten erst abschließende Verhandlungen möglich sind, wenn sich die Gemeinschaft über die im Rahmen der Reform in Aussicht genommenen internen Maßnahmen einig geworden sind. Der Beitritt Spaniens und Portugals soll nach Ansicht der EG-Kommission, unbeschadet der den Verhandlungen zugrunde liegenden unterschiedlichen Problematik, gleichzeitig erfolgen.

Das 1980 unterzeichnete Kooperationsabkommen zwischen den EG und Jugoslawien wurde noch nicht von allen Unterzeichnerstaaten ratifiziert. Die handels- und finanzpolitischen Bestimmungen dieses Abkommens wurden aber zwischenzeitig mit einem Interimsabkommen in Kraft gesetzt. Mit einer ergänzenden Regelung wurden für Importe aus Jugoslawien bei "baby-beef" Verbesserungen vereinbart.

Die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und dem RGW über ein Rahmenabkommen stagnieren seit längerer Zeit.

In den Beziehungen zu den USA traten einige wesentliche Auffassungsunterschiede betreffend die EG-Agrarpolitik, den Sektor Stahl sowie Exportkredite zu Tage. Seitens der USA wird der Vorwurf erhoben, daß die Gemeinschaft bzw. ihre Mitgliedstaaten in diesen Bereichen Exportsubventionen gewähren. Im Dezember 1981 wurde auf Ministerebene ein Dialog eingeleitet, der zu einem besseren Verständnis für die politischen Zusammenhänge bei der Erörterung dieser Probleme führen sollte.

Zwischen der Gemeinschaft und Kanada wurde ein schon längere Zeit anstehendes Fischereiabkommen unterzeichnet und die Interimsvereinbarungen von 1980 über die Anreicherung, Wiederaufbereitung

- 67 -

und Lagerung von Kernmaterial in der Gemeinschaft und in Kanada durch ein langfristiges Abkommen ersetzt.

Der auf Grund der Erklärung von Buenos Aires aus dem Jahr 1970 zwischen der Gemeinschaft und den lateinamerikanischen Staaten aufgenommene Dialog wurde fortgesetzt.

In den Beziehungen der EG zu Japan bereiten die Konzentration der japanischen Exporte auf einige industrielle Erzeugnisse sowie das wachsende Handelsbilanzdefizit zu ungunsten der Gemeinschaft zunehmend Schwierigkeiten. Verstärkt werden diese dadurch, daß die Gemeinschaft bisher noch keine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Japan festlegen konnte. Die Gemeinschaft erwartet von Japan mehr Rücksichtnahme auf die Gemeinschaftsindustrien, die sich zur Zeit in einem Anpassungsprozeß befinden, sowie erleichterten Zugang zum japanischen Markt.

Handelspolitik

Die EG-Kommission hat Maßnahmen zur Einführung einer Gemeinschaftsüberwachung hinsichtlich der Einfuhren von Kraftwagen, Farbfernsehempfangsgeräten sowie bestimmten Werkzeugmaschinen aus Japan getroffen.

Die Gemeinschaft hat im Rahmen des Multifaserabkommens eine Reihe von bilateralen Textilabkommen (darunter auch mit Oststaaten) geschlossen.

Der EG-Ministerrat hat ferner eine Reihe von Verordnungen über die allgemeinen Zollpräferenzen der Gemeinschaft für das Jahr 1982 angenommen. Eine großzügigere Behandlung der am wenigsten entwickelten Länder bedeutet eine Öffnung, die über das Ausmaß der beschlossenen Erhöhung der Präferenzbeträge hinausgeht. Weiters hat die Gemeinschaft die Volksrepublik China und Rumänien

- 68 -

für eine Reihe von bisher ausgenommenen Waren in den Kreis der begünstigten aufgenommen. Für Textilien ist das gesamte für 1980 geltende Schema verlängert worden.

Wirtschafts- und Währungspolitik

Die gesamtwirtschaftliche Lage der Gemeinschaft war 1981 nach wie vor unbefriedigend. Die krisenhafte Entwicklung hält an. Die Arbeitslosigkeit nahm weiter zu und überschritt zu Jahresende mit 10 Mio. Personen bereits 9 % der Erwerbsbevölkerung. Die Inflationsrate blieb mit 12,9 % im EG-Durchschnitt weiter sehr hoch; sie war je nach Mitgliedsstaat verschieden und schwankte zwischen 6,5 % der Bundesrepublik Deutschland und 23,8 % in Griechenland. Das Investitionswachstum verlangsamte sich in den meisten Mitgliedsstaaten weiter; es liegt seit 1973 unter 1 %, während es in den 10 vorangegangenen Jahren bei 5 % lag. Das Produktivitätswachstum schwächte sich weiter ab.

Unter diesen Umständen schlug auch das Wachstum des Bruttosozialprodukts, das vor 1973 noch bei 5 % lag und nach dem Erdölschock auf etwa 2,5 % zurückging, 1981 in eine Schrumpfung von ca. 0,5 % um. Steigende Kosten und Belastungen erschwerten Strukturanpassungen und beeinträchtigten die Wettbewerbsfähigkeit.

Italien wurde zur Verteidigung seiner Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu Schutzmaßnahmen in Form eines Bardepots auf Devisenkäufe ermächtigt und am 23. Juli richtete die Kommission an Belgien eine Empfehlung zur Wiederherstellung seiner Haushalts- und Zahlungsbilanzsituation.

Trotz der deutlichen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung funktionierte das Europäische Währungssystem zufriedenstellend. Im Laufe des Berichtsjahres kam es zu zwei Anpassungen der Leitkurse: Am 22. März wurde die italienische Lira gegenüber den übrigen Währungen um 6 % abgewertet und am 4. Oktober die Deutsche Mark und der Niederländische Gulden um 5,5 % auf- und der französische Franken und die italienische Lira um 3 % abgewertet.

- 69 -

Landwirtschaft

Die Gemeinschaft war bemüht, die Agrarpolitik der geänderten Lage besser anzupassen. Diese Bemühungen galten vor allem der Bewältigung der Überschußprobleme und Vermeidung von Budgetengpässen. Die Kommission hat die Festlegung von Produktionszielen, die Annäherung der Garantiepreise für Getreide an die Weltmarktpreise, strukturelle Hilfen zur Erleichterung der Adaptierungen, die Ausdehnung der Erzeugermitverantwortung sowie eine aktive Exportpolitik vorgeschlagen.

Im Verlaufe des Jahres wurden einige Neuregelungen beschlossen, wie das gemeinschaftliche Handelsklassenschema für Rindfleisch, neue Bestimmungen in der gemeinsamen Marktordnung für Zucker und das Verbot bestimmter Stoffe mit hormonaler Wirkung.

Die Agrarproduktion der EG verzeichnete gegenüber den Rekordergebnissen von 1980 einen leichten Rückgang. Davon war vor allem die pflanzliche Erzeugung, insbesondere der Obstbau (- 15 %), betroffen. Bei Mais und Zucker stieg jedoch die Produktion (+ 5 % bzw. + 16 %). Die tierische Erzeugung hat weiter zugenommen (Milchproduktion + 1 %).

Der Rückgang der Produktion wurde allerdings durch höhere Preise ausgeglichen, sodaß sich der Produktionswert 1981 ähnlich erhöhte wie in den vorangegangenen beiden Jahren. Die Erzeugerpreise wurden um 11 % angehoben, wobei die durchschnittliche Erhöhung (in Landeswährung) in den Mitgliedsstaaten zwischen 5,6 % in der Bundesrepublik Deutschland und 15,9 % in Italien (Frankreich 12 %, Großbritannien 9,3 %) lag. Allgemein stiegen die Preise bei pflanzlichen Erzeugnissen stärker als bei den tierischen. Die Zielpreise wurden bei Weizen um 7,7 %, bei Zuckerrüben um 8,5 %, bei Wein um 10 %, bei Milch um 9 %, Rindfleisch um 7,5 % und Schweinefleisch um 11 % angehoben. Auf Grund der Erzeugerpreis-

- 70 -

erhöhung stiegen die Nahrungsmittelpreise um 2,5 bis 3 % und die allgemeinen Verbraucherpreise um etwas weniger als 1 %.

Infolge der Verschlechterung der Preis-Kosten-Relation gingen nach 1980 auch 1981 die Realeinkommen in der Landwirtschaft weiter zurück.

Bemerkenswert im Außenhandel der EG ist die aktive agrarische Exportpolitik. Die Agrarexporte in der Gemeinschaft entwickelten sich im letzten Jahr stärker als die Importe. Von 1978 auf 1979 stieg der Nahrungsmittlexport der Gemeinschaft doppelt so stark als der Import, von 1979 auf 1980 mit einer Zunahme von 37 % sogar sechsmal so stark. Außerordentlich stark wuchsen die Getreide- und Rindfleischexporte in der EG. Von 1979 auf 1980 wurden sie mengenmäßig fast vervierfacht.

Für die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik wurden im Budget 1981 12,8 Mrd. ECU (= 230 Mrd.öS), das sind 67 % des gesamten Budgets, vorgesehen. Davon 12,3 Mrd. ECU (= 221 Mrd.öS) für die Abteilung Garantie, d.h. insbesondere für Exportsubventionen, Interventionen und Währungsausgleich. Für Strukturmaßnahmen standen 531,8 Mio. ECU (= nahezu 10 Mrd.öS) zur Verfügung. Auf Grund der günstigen Weltmarktlage konnte das Agrarbudget um 4 % unterschritten werden.

- 71 -

Industriepolitik

EGKS; Innovation und Forschung

Anfang 1981 schloß die Gemeinschaft im Rahmen des Krisenplanes für den Stahlsektor erneut mit den 14 wichtigsten Lieferländern Arrangements ab. Diese Vereinbarungen haben eine Preisdisziplin zum Ziele, um Störungen des Gemeinschaftsmarktes auszuschalten und die traditionellen Handelsströme aufrechtzuerhalten. Mit den Nicht-EFTA-Ländern wurde eine Reduktion der Gemeinschaftseinfuhren aus diesen Ländern um 15 % gegenüber 1980 vereinbart; dieser Senkungssatz wurde im Laufe dieses Jahres auf 12,5 % verringert. Die EFTA-Länder, darunter Österreich, konnten hingegen auf Grund der besonderen Beziehungen (Freihandelsabkommen) und der bestehenden Gegenseitigkeit erreichen, daß eine derartige Reduktion in ihren Vereinbarungen mit der Kommission nicht aufscheint. Es wird jedoch davon ausgegangen, daß die beiderseitigen Exporte des Jahres 1981 denen des Jahres 1980 entsprechen sollen.

Was den internen Bereich betrifft, verlängerte die Gemeinschaft die Regelung hinsichtlich obligatorischer Produktionsquoten bis 30. Juni 1982, wobei jedoch für einige Produktgruppen eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Stahlerzeugern gilt. Weiters wurde auch eine schärfere Preisüberwachung durchgeführt und die Verpflichtung zur Hinterlegung von Preislisten auf Handelsunternehmen ausgedehnt.

Mit der Einführung von gemeinschaftlichen Regeln für Beihilfen zugunsten der Eisen- und Stahlindustrie versuchte die Gemeinschaft weiters, die staatlichen Beihilfen der einzelnen Mitgliedstaaten einer stärkeren Disziplin zu unterwerfen (Endziel ist der schrittweise Abbau der Beihilfen bis 1985). Im Zusammenhang damit stehen die Bestrebungen zur Verringerung der Produktionskapazitäten der Stahlindustrie in der Gemeinschaft.

Im Rahmen des Mandats vom Mai 1980 übermittelte die Kommission dem Rat ihre Vorstellungen über die zukünftige Strategie der Ge-

- 72 -

meinschaft auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung. Der Ministerrat hat ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm auf dem Gebiet der Umwelt sowie der molekularbiologischen Technologie angenommen.

Die Kommission hat weiters eine Strategie der Gemeinschaft auf dem Gebiet der industriellen Innovation vorgeschlagen, die u.a. den verbesserten Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen, Regelungen für die selektive Förderung von Investitionen mit hohem Risiko und die Schaffung geeigneter Infrastrukturen zur Unterstützung der auf neue Technologien ausgerichteten kleinen Unternehmen vorsieht.

Verkehr

Die Gemeinschaft hat der Verkehrspolitik mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet und auch einige Fortschritte erzielt. Der EG-Ministerrat hat eine Prioritätsliste der wichtigsten bis Ende 1983 zu lösenden Probleme sowie die Aufnahme von Verhandlungen mit Drittländern über Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr Schiene/Straße beschlossen.

Der EG-Ministerrat hat weiters gemeinsame Regeln für bestimmte Beförderungen im Güter-Straßenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten festgelegt, sowie eine EntschlieÙung über die gemeinschaftliche Unterstützung von Infrastrukturvorhaben im Bereiche des Verkehrs angenommen. Eine Abänderung der gemeinsamen Regeln im kombinierten Güterverkehr Schiene/Straße sieht insbesondere die Befreiung dieser Beförderungsart von der Kontingent- und Genehmigungsregelung vor.

- 73 -

Energie

Die Gemeinschaft war weiter um die Entwicklung einer gemeinsamen Energiestrategie bemüht; diesbezügliche Kommissionsvorschläge waren allerdings erst Gegenstand von Orientierungsdebatten im Rat. Hinsichtlich der Frage der Einschränkung der Auswirkungen einer Ölverknappung konnte eine Reihe von politisch bedeutsamen Schlußfolgerungen durch die Mitgliedstaaten gezogen werden.

Konkrete Maßnahmen wurden in Form der Änderung der Beihilfenregelung für Kohle und Koks für die Eisen- und Stahlindustrie der Gemeinschaft, der Gewährung von Zuschüssen für EG-Vorhaben im Bereich der Kohlenwasserstoffe sowie der Struktur der Elektrizitätstarife in den Mitgliedstaaten gesetzt.

Im Bereich der Versorgung der Gemeinschaft mit Kernbrennstoff erfolgte die Unterzeichnung eines Abkommens mit Australien, in dem die Bedingungen festgelegt werden, unter denen Kernmaterial aus Australien in die Gemeinschaft transferiert werden darf.

Die Gemeinschaft förderte verschiedene Vorhaben zur Energieeinsparung und der Heranziehung neuer Energiequellen.

Regionalpolitik

Die EG-Kommission hat 1981 Leitlinien und Prioritäten für die EG-Regionalpolitik festgelegt und in einem Memorandum dem Rat übermittelt. In einem diesbezüglichen Verordnungsentwurf betreffend die Regionalpolitik im allgemeinen und die Aktivitäten des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unterstreicht die Kommission die Dringlichkeit der Schaffung produktiver Arbeitsplätze, damit sich die derzeitigen Ungleichgewichte zwischen den Arbeitsmärkten der schwachen und starken Regionen nicht noch mehr verstärken.

- 74 -

Weitere Ziele dieses Verordnungsvorschlages sind die geographische Konzentration der einzusetzenden Mittel, eine Kohärenz zwischen der Regionalpolitik und den anderen Politiken der Gemeinschaft sowie die bessere Koordinierung der Regionalpolitik der Gemeinschaft mit den Regionalpolitiken der Mitgliedstaaten.

Sozialpolitik

Im sozialpolitischen Bereich war die Gemeinschaft um eine Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht. Die Kommission setzte sich für die Förderung der Solidarität im sozialen Bereich durch Arbeitsumverteilung, die Förderung von Wachstumsbereichen und von Innovationen sowie die erhöhte Mobilität der Arbeitskräfte ein.

Die Krise auf dem Arbeitsmarkt führte zu vermehrten Anträgen an den Europäischen Sozialfonds. Die Kommission mußte daher bedeutende Kürzungen an den Anträgen vornehmen.

Umwelt- und Verbraucherschutz

Das Jahr 1981 stand im Zeichen der Durchführung des zweiten, auf die Jahre 1977 bis 1981 angelegten, Arbeitsprogramms. So konnte insbesondere die Richtlinie zur Verhinderung von Großunfällen bei Industrieanlagen verabschiedet und hinsichtlich der Richtlinie über den Quecksilbergehalt in Abwässern aus galvanischen Betrieben eine weitgehende Einigung erzielt werden. Im Zusammenhang mit der Durchführung der Richtlinie über die Bekämpfung der Gewässerverschmutzung durch Einleitung bestimmter gefährlicher Stoffe sowie der Richtlinie betreffend Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe wurde ein Rahmenverzeichnis der auf dem Gemeinschaftsmarkt vorhandenen chemischen Substanzen erstellt.

- 75 -

Weiters wurden die Arbeiten an der Richtlinie für die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Vorhaben sowie zur Entwicklung eines Verfahrens für ökologische Kartographie fortgesetzt.

Auf dem Gebiet des Verbraucherschutzes wurde zur Vorbereitung eines gemeinschaftlichen Systems betreffend die Information über Haushaltsunfälle ein Modellversuch eingeleitet.

EURONET

Der EG-Rat verabschiedete den dritten Aktionsplan im Bereiche der Information und Dokumentation. Ziele dieses Planes sind u.a. der Ausbau des Netzes EURONET zu einem von den Post- und Telegraphenverwaltungen der Einzelstaaten verwalteten öffentlichen Netz, die beschleunigte Entwicklung hochstehender Informationsdienste und die Entwicklung des Informationsmarktes.

EURONET ermöglicht den Zugang zu über 300 Datenbasen und Datenbanken. Etwa 2.000 in der Gemeinschaft ansässige Organisationen und sonstige Stellen sind derzeit Benutzer dieses Netzes.

G Schlußbemerkungen

Die schwierige Situation der Weltwirtschaft zeigte auch in den Staaten des europäischen Freihandelsraumes ihren Niederschlag in Form einer allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation, zunehmend sichtbar werdender Strukturschwächen, des Rückganges von Erträgen bei den Unternehmen und zum Teil beträchtlicher Arbeitsmarktprobleme. In den EG führte dies stärker als bisher zur Verlangsamung des Integrationsprozesses und zur Bindung integrativer Kräfte an die Erhaltung des erreichten Standes der Integration sowie die Lösung konkreter Schwierigkeiten in einer Reihe von Krisenbereichen.

Die Aufrechterhaltung relativ stabiler wirtschaftlicher Beziehungen Österreichs zu den anderen Staaten des europäischen Freihandelsraumes während des Berichtsjahres war sicher in hohem Maße auch ein Verdienst der vertraglichen Regelungen Österreichs mit den EG und der EFTA, d.i. der Freihandelsabkommen Österreichs mit den EG sowie des Übereinkommens zur Errichtung der Europäischen Freihandelsassoziation.

Diese boten im allgemeinen bei konkreten Problemen des zwischenstaatlichen Warenverkehrs im europäischen Freihandelsraum gemeinsame Orientierungen sowie Verfahren zur Klärung der Standpunkte und zur Feststellung der Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit. In anderen Bereichen, die in den bestehenden Verträgen nicht geregelt sind, wie z.B. der Frage internationaler Wechselkurschwankungen, bedingte die wirtschaftlich ähnliche Ausgangslage eine verstärkte gegenseitige Information, die zu einer Annäherung der Entwicklungen führte.

Der europäische Freihandelsraum erfuhr zum 1. Jänner 1981 mit dem Beitritt Griechenlands zur Gemeinschaft und den Übergangsprotokollen mit den EFTA-Staaten geographisch eine Erweiterung nach dem Süden Europas, nachdem schon im Mai 1980 Spanien auf Grund-

- 77 -

lage einer präferenziellen Regelung mit den EFTA-Staaten in diese intensivierete europäische Zusammenarbeit einbezogen worden war.

Eine erneute, dann schon dritte, Erweiterung der Gemeinschaft mit Auswirkungen auch auf die zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs ist in den nächsten Jahren wahrscheinlich.

Im Berichtsjahr hat Österreich in den EG ebenso wie 1980 Marktanteile verloren, d.h. der Anteil der Importe aus Österreich an den Gesamtimporten der Gemeinschaft wurde geringer (1980 -3,6 %; 1981 -4,0 %) ⁹⁾.

Die österreichischen Marktanteilsverluste in der Gemeinschaft waren im Jahre 1981 nur zum Teil der Auswirkung der Erdölverteuerung zuzuschreiben. Eine Analyse auf Grundlage des Intra-OECD-Handels zeigt, daß der österreichische Marktanteil auch unter Ausschaltung des Erdölpreiseffektes zurückgegangen ist.

Eine länderweise Betrachtung ergibt, daß Österreich seine Marktanteile an den Gesamtimporten nur in Großbritannien und Irland ausweiten konnte ¹⁰⁾. In Frankreich und den Niederlanden wurde das Marktanteilsniveau des Vorjahres etwa gehalten. Ins Gewicht fallende Marktanteilsverluste mußten in der Bundesrepublik Deutschland, in Italien, Belgien, Luxemburg und Dänemark in Kauf genommen werden. Der Marktanteil in Griechenland hat sich erheblich verschlechtert.

9) Vergleichswerte ohne Griechenland.. (Die Entwicklung des österreichischen Marktanteils gegenüber der mit Griechenland erweiterten Gemeinschaft unterscheidet sich davon nur wenig.)

10) siehe Fußnote 3 auf Seite 20

- 78 -

Die Marktanteilsverluste in der EFTA hielten sich im Berichtsjahr in Grenzen (1980 -5,3 %; 1981 -2,5 %). Günstig hat sich die Situation gegenüber der Schweiz entwickelt, wo Österreich Marktanteile in der Gesamteinfuhr gewonnen hat; auch in Finnland, Portugal und Island hat sich die Marktstellung der österreichischen Exporte gebessert. Marktanteilsverluste gab es hingegen in Schweden sowie insbesondere in Norwegen.

In Spanien hat Österreich Marktanteile gewonnen; es kann wohl davon ausgegangen werden, daß das 1980 im Rahmen der EFTA mit Spanien abgeschlossene Freihandelsabkommen dazu beigetragen hat.

Zur anschaulichen Darstellung der internationalen Handelsverflechtung der österreichischen Wirtschaft werden die analytischen Ausführungen des gegenständlichen Berichtes durch sogenannte Importquoten ¹¹⁾ ergänzt.

Die Importquote der österreichischen Gesamteinfuhr ist gegenüber 1980 von 31,7 auf 32,0 % geringfügig gestiegen, nachdem in den beiden Vorjahren ein wesentlich höherer Anstieg der Importquote zu verzeichnen war. Hierbei sind die Importquoten gegenüber den EG und der EFTA 1981 zurückgegangen, jene gegenüber den OPEC-Staaten nahm etwas zu.

Infolge des weiterhin sehr bedeutenden Handelsbilanzdefizits gegenüber den EG wurde die Behandlung dieser Frage mit der Gemeinschaft auf verschiedenen Ebenen fortgesetzt. Die Bemühungen Österreichs zur Minderung seines Handelsbilanzdefizits spielten vor allem auch im Rahmen von Verhandlungen in konkreten Sachbereichen eine Rolle, von welchen während des Berichtsjahres einige ihren erfolgreichen Abschluß gefunden haben.

¹¹⁾ d.s. österreichische Importe in Prozent des nominellen Bruttoinlandsproduktes

- 79 -

Österreich vertrat weiterhin den Standpunkt, daß, wenngleich das Handelsbilanzdefizit im Berichtsjahr eine Verringerung erfahren hatte, die Verringerung des Defizits der Handels- und Leistungsbilanz gegenüber den EG längerfristig angestrebt werden müsse, und daher die Gemeinschaft insbesondere auch von einer Politik und von Maßnahmen mit restriktiver Wirkung auf österreichische Exporte Abstand nehmen solle.

Besondere Aufmerksamkeit wurde seitens Österreichs den Beitrittsverhandlungen der Gemeinschaft mit Spanien und Portugal mit der Zielsetzung zugewendet, daß der Beitritt dieser Staaten zu den EG, unter Berücksichtigung ihrer langjährigen und zuletzt präferenziellen Beziehungen zu den EFTA-Staaten, sich auch im größeren Rahmen des europäischen Freihandelsraumes reibungslos gestaltet.

Infolge der schon bestehenden Zollfreiheit sowie der aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu Tage tretenden Tendenzen zu Schutzmechanismen kommt für die österreichische Exportwirtschaft die Vermeidung nicht-tarifarischer Handelshemmnisse, und hier vor allem auch von Hindernissen durch technische Vorschriften und Normen, vermehrte Bedeutung zu.

Dem Problem der starken Belastung österreichischer Straßen durch den Transitverkehr insbesondere durch Benützer aus den EG wurde trotz diesbezüglicher österreichischer Bemühungen seitens der Gemeinschaft bisher nicht Rechnung getragen.

Die anstehenden Fragen am Agrarsektor waren kontinuierlich Themen von Gesprächen und Verhandlungen mit den EG auf jeder Ebene. Insgesamt gesehen, gestalteten sich die agrarischen Beziehungen zwischen Österreich und den EG durch den Abschluß einer Reihe wichtiger Abkommen insbesondere für Käse, Wein, Hammel- und Ziegenfleisch erfolgreich.

- 80 -

Diese Abkommen sind für die österreichische Landwirtschaft von besonderer Bedeutung, weil sie es ermöglichen sollen, den Handel mit diesen Produkten in Relation zu den EG zu stabilisieren und wenn möglich auszuweiten. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, denen sich die Gemeinschaft am agrarischen Sektor selbst gegenüber sieht, ist das Erreichte als ein wesentlicher Schritt zur Förderung einer harmonischen Entwicklung des Agrarhandels mit der Gemeinschaft anzusehen.

In Anbetracht der passiven agrarischen Handelsbilanz gegenüber den EG wird Österreich auch in Zukunft bemüht sein müssen, seine Exporte bei bestimmten landwirtschaftlichen Produkten zu konsolidieren sowie für andere agrarische Produkte zusätzliche Exporterleichterungen zu schaffen.

Statistischer Anhang

Tabelle 1

Österreichische Handelsbilanz
(in Mio. Ö.S.)

	1977	1978	1979	1980	1981
Gesamtsaldo	- 73.060	- 55.776	- 63.609	- 89.677	- 82.741
EG (73) ¹⁾	- 73.303	- 59.330	- 64.315	- 73.570	- 65.505
EG (81) ²⁾	--	--	--	--	- 64.073
EFTA (73) ³⁾	- 41	+ 1.509	+ 2.612	+ 3.190	+ 5.039
Osteuropa (ohne Jugoslawien)	+ 2.706	+ 3.844	+ 2.922	- 3.411	- 11.020

1) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

2) wie 1) plus Griechenland (GR)

3) CH, S, N, P, Isl, SF.

Tabelle 2

Der Warenverkehr Österreichs im größeren europäischen Freihandelsraum

(in Mio. ÖS)

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1977	1978	1979	1980	1981	1977	1978	1979	1980	1981
Schweiz	13.989	14.249	14.484	15.783	15.953	11.409	13.672	15.170	17.015	18.556
Norwegen	1.016	902	1.020	1.068	1.064	2.304	1.958	2.118	2.369	2.456
Schweden	4.977	4.289	5.207	5.730	5.933	5.699	4.744	5.488	5.797	5.935
Island	18	24	18	22	31	38	50	42	62	82
Portugal	499	488	621	837	885	681	713	641	748	920
Finnland	1.245	1.033	1.248	1.457	1.505	1.482	1.357	1.751	2.096	2.462
EFTA	21.744	20.985	22.598	24.897	25.371	21.703	22.494	25.210	28.087	30.411
BRD	99.188	100.481	114.236	128.898	129.996	42.957	51.260	62.484	69.760	73.315
Italien	20.532	20.568	25.080	28.682	27.861	14.635	15.520	20.179	24.789	25.326
Belg.-Luxembg.	6.127	5.233	6.312	6.556	6.970	2.458	2.635	3.130	3.446	3.417
Frankreich	10.612	9.401	11.024	12.463	12.522	4.818	6.001	6.645	7.837	8.977
Niederlande	6.690	6.690	7.970	8.514	8.356	4.634	5.353	5.498	5.884	5.934
Großbritannien	8.056	7.166	7.859	8.682	7.838	7.478	8.681	9.181	8.300	10.530
Dänemark	1.897	1.803	1.924	2.161	2.044	2.883	2.617	2.936	2.590	2.750
Irland	312	330	440	584	672	248	275	378	366	506
Griechenland	--	--	--	--	863	--	--	--	--	2.275
EG	153.414	151.672	174.745	196.542	197.122+	80.111	92.342	110.430	122.971	133.030 +)
EFTA und EG	175.158	172.657	197.343	221.439	222.493	101.814	114.836	135.640	151.058	163.441
Griechenland	596	537	579	664	--	1.508	1.649	1.934	1.785	--
Spanien	1.065	1.000	1.182	1.283	1.437	1.222	1.003	1.295	1.509	1.771

+) ab 1981 plus Griechenland

Tabelle 3

Veränderungen im Außenhandel

(jeweils in % gegenüber dem vorangegangenen Jahr)

	Einfuhr					Ausfuhr				
	1977	1978	1979	1980	1981	1977	1978	1979	1980	1981
Schweiz	+ 8	+ 0	+ 2	+ 9	+ 1	+ 5	+ 19	+ 11	+ 12	+ 9
Norwegen	+ 8	- 11	+ 13	+ 5	- 0	+ 7	- 15	+ 8	+ 12	+ 4
Schweden	+ 5	- 14	+ 21	+ 10	+ 4	- 7	- 17	+ 16	+ 6	+ 2
Island	- 25	+ 32	- 24	+ 20	+ 41	- 24	+ 33	- 16	+ 46	+ 32
Portugal	- 5	- 2	+ 27	+ 35	+ 6	- 18	+ 5	- 10	+ 17	+ 23
Finnland	+ 41	- 17	+ 21	+ 17	+ 3	- 18	- 8	+ 29	+ 20	+ 18
EFTA	+ 8	- 4	+ 8	+ 10	+ 2	- 1	+ 4	+ 12	+ 11	+ 8
BRD	+ 17	+ 1	+ 14	+ 13	+ 1	+ 21	+ 19	+ 22	+ 12	+ 5
Italien	+ 21	+ 0	+ 22	+ 14	- 3	+ 5	+ 6	+ 30	+ 23	+ 2
Belg.-Luxembg.	+ 30	- 15	+ 19	+ 5	+ 6	+ 10	+ 7	+ 18	+ 9	- 1
Frankreich	+ 23	- 11	+ 17	+ 13	+ 1	+ 11	+ 25	+ 11	+ 18	+ 15
Niederlande	+ 8	- 0	+ 19	+ 7	- 2	+ 14	+ 16	+ 3	+ 7	+ 1
Großbritannien	+ 7	- 12	+ 10	+ 11	- 10	+ 1	+ 16	+ 6	- 10	+ 27
Dänemark	+ 10	- 5	+ 7	+ 12	- 5	- 10	- 9	+ 12	- 12	+ 6
Irland	+ 78	+ 6	+ 33	+ 32	+ 15	+ 10	+ 11	+ 38	- 3	+ 38
Griechenland	--	--	--	--	+ 30	--	--	--	--	+ 28
EG	+ 18	- 1	+ 15	+ 13	- 0*)	+ 13	+ 15	+ 20	+ 11	+ 8*)
EFTA und EG	+ 16	- 1	+ 14	+ 10	+ 0	+ 10	+ 13	+ 18	+ 11	+ 8
Griechenland		- 10	+ 8	+ 15	--		+ 9	+ 17	- 8	--
Spanien		- 6	+ 18	+ 9	+ 12		- 18	+ 29	+ 17	+ 17

*) ab 1981 plus Griechenland

Tabelle 4Regionale Streuung des österreichischen Außenhandels

(Prozentanteile 1977 - 1981)

Ländergruppen	Importe					Exporte				
	1977	1978	1979	1980	1981	1977	1978	1979	1980	1981
Europa	85,3	85,0	83,7	81,6	79,9	83,5	84,7	85,2	84,3	80,70
a) EG (73) ¹⁾	65,3	65,4	64,8	62,2	58,7	49,5	52,4	53,5	54,4	51,93
EG (81) ²⁾	--	--	--	--	58,9	--	--	--	--	52,84
b) EFTA (73) ³⁾	9,3	9,1	8,4	7,9	7,6	13,4	12,8	12,2	12,4	12,08
c) Osteuropa ohne Jugoslawien	8,8	8,8	8,8	9,7	11,9	14,5	13,7	12,9	12,1	11,41
Amerika	5,5	5,4	5,6	5,8	6,2	5,4	4,9	4,5	4,1	4,8
a) Angloamerika	3,4	3,4	3,6	3,9	4,6	3,8	3,6	3,2	2,7	3,1
b) Lateinamerika	2,1	2,0	2,0	1,9	1,6	1,6	1,3	1,3	1,4	1,8
Afrika	2,2	2,5	2,9	3,3	3,7	4,3	3,9	3,9	4,5	5,7
Asien	6,8	6,8	7,5	9,1	9,9	6,4	6,0	6,1	6,8	8,3
Australien und Ozeanien	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,4	0,5	0,3	0,3	0,4
Entwicklungsländer	11,3	11,4	12,6	14,1	14,1	19,2	17,7	18,3	18,9	19,8

1) BRD, F, I, NL, B, Lux., GB, DK, Irl.

2) wie 1) plus Griechenland

3) CH, S, N, P, Isl., SF.

Tabelle 5

Österreichische Exporte im Jahre 1980 und 1981

Ländergruppen bzw. Länder	1980		1981	
	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. ÖS)	%-Anteil am Gesamt- export	Wert (in Mio. ÖS)
Welt	100,0	226.169	100,0	251.769
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	12,4	28.087	12,1	30.411
- EG (73) ²⁾	54,4	122.971	51,9	130.754
- EG (81) ³⁾	--	---	52,8	133.029
Schweiz	7,5	17.015	7,4	18.556
Norwegen	1,1	2.369	1,0	2.456
Schweden	2,6	5.798	2,4	5.935
Island	0,03	62	0,03	82
Portugal	0,3	748	0,4	920
Finnland	0,9	2.096	1,0	2.462
BRD	30,8	69.760	29,1	73.315
Italien	11,0	24.789	10,1	25.326
Belgien, Luxemburg	1,5	3.446	1,4	3.417
Frankreich	3,5	7.837	3,6	8.977
Niederlande	2,6	5.884	2,4	5.934
Großbritannien	3,7	8.300	4,2	10.530
Dänemark	1,2	2.590	1,1	2.750
Irland	0,16	366	0,2	506
Griechenland	0,8	1.785	0,9	2.275
Spanien	0,7	1.509	0,7	1.771

1) CH, S, N, P, Isl., SF.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux., GB, Irl., DK.

3) wie 2) plus Griechenland

Tabelle 6

Österreichische Importe im Jahre 1980 und 1981

Ländergruppen bzw. Länder	1980		1981	
	%-Anteil am Gesamt- import	Wert (in Mio. ÖS)	%-Anteil am Gesamt- import	Wert (in Mio. ÖS)
Welt	100,0	315.846	100,0	334.510
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	7,9	24.897	7,6	25.371
- EG (73) ²⁾	62,2	196.542	58,7	196.259
- EG (81) ³⁾	--	---	58,9	197.122
Schweiz	5,0	15.783	4,8	15.953
Norwegen	0,3	1.068	0,3	1.064
Schweden	1,8	5.730	1,8	5.933
Island	0,01	22	0,01	31
Portugal	0,3	837	0,3	885
Finnland	0,5	1.457	0,5	1.505
BRD	40,8	128.898	38,9	129.997
Italien	9,1	28.682	8,3	27.861
Belgien, Luxemburg	2,3	6.556	2,1	6.970
Frankreich	4,0	12.463	3,7	12.522
Niederlande	2,7	8.514	2,5	8.356
Großbritannien	2,8	8.682	2,3	7.838
Dänemark	0,7	2.162	0,6	2.044
Irland	0,29	584	0,2	672
Griechenland	0,2	664	0,3	863
Spanien	0,4	1.283	0,4	1.437

1) CH, S, N, P, Isl., SF.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux., GB, Irl., DK.

3) wie 2) plus Griechenland

Tabelle 7

Austauschrelation im Außenhandel
Deckungsverhältnis der Importe durch Exporte

Ländergruppen bzw. Länder	1978 Deckung %	1979 Deckung %	1980 Deckung %	1981 Deckung %
Welt	76,0	76,4	71,6	75,3
davon				
- EFTA (73) ¹⁾	107,2	111,6	112,8	119,9
- EG (73) ²⁾	60,9	63,2	62,6	66,6
- EG (81) ³⁾	--	--	--	67,5
Schweiz	96,0	104,7	107,8	116,3
Norwegen	217,1	207,7	221,8	230,8
Schweden	110,6	105,4	101,2	100,0
Island	208,3	232,3	281,8	265,2
Portugal	146,1	103,2	89,4	104,0
Finnland	131,5	140,3	143,9	163,6
BRD	51,0	54,7	54,1	56,4
Italien	75,5	80,5	86,4	90,9
Belgien, Luxemburg	50,3	50,0	52,6	49,0
Frankreich	63,8	60,3	62,9	71,7
Niederlande	80,0	69,0	69,1	71,0
Großbritannien	121,1	116,8	95,6	134,3
Dänemark	145,2	152,6	119,8	134,5
Irland	83,3	85,7	62,7	75,4
Griechenland	307,1	334,0	268,8	263,6
Spanien	100,3	109,6	117,6	123,2

1) CH, S, N, P, Isl., SF.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux., GB, Irl., DK.

3) wie 2) plus Griechenland

OESTERREICHS MARKTANTEIL AN DEN IMPORTEN UER EG UND EFTA

in % der Gesamtimporte¹⁾

Tabelle 8

	I	J73	J74	J75	J76	J77	J78	J79	J80	1981-1981
EFTA 72 2)	I	1.866	1.639	1.536	1.482	1.396	1.471	1.356	1.256	1.226
EG 72 3)	I	1.239	1.140	1.151	1.247	1.414	1.572	1.560	1.521	1.466
EFTA 73 4)	I	2.684	2.470	2.207	2.197	2.055	2.265	2.098	1.986	1.933
EG 73 5)	I	1.223	1.094	1.102	1.161	1.284	1.411	1.386	1.336	1.290
EG 81 6)	I	1.230	1.104	1.108	1.161	1.285	1.409	1.379	1.332	1.284
SCHWEIZ	I	4.962	4.901	4.344	4.101	3.795	3.907	3.755	3.594	3.743
SCHWEDEN	I	1.939	1.813	1.857	1.894	1.709	1.734	1.512	1.413	1.360
FINNLAND	I	1.788	1.523	1.447	1.594	1.343	1.306	1.264	1.198	1.178
NORWEGEN	I	1.077	1.086	1.119	1.196	1.166	1.285	1.250	1.241	1.074
ISLAND	I	.475	.566	.556	.603	.500	.693	.447	.477	.548
PORTUGAL	I	1.324	1.203	.908	1.001	.746	.664	.638	.576	.582
BRD 7)	I	2.046	1.965	2.059	2.229	2.611	2.942	2.909	2.906	2.777
ITALIEN	I	2.039	1.690	1.556	1.755	1.893	1.887	1.951	1.898	1.833
NIEDERLANDE	I	.667	.675	.608	.634	.669	.727	.645	.573	.583
FRANKREICH	I	.397	.366	.385	.406	.429	.555	.506	.479	.482
BELGIEN-LUXEMBURG	I	.281	.339	.392	.364	.377	.392	.381	.379	.356
IRLAND	I	.310	.346	.307	.280	.285	.299	.314	.319	.322
DAENEMARK	I	1.742	1.537	1.617	1.516	1.373	1.290	1.247	1.084	.967
GROSSBRITANNIEN	I	1.120	.878	.848	.741	.734	.797	.715	.596	.626
SPANIEN	I	.536	.465	.437	.476	.495	.464	.449	.384	.379
GRIECHENLAND	I	1.702	1.824	1.481	1.140	1.328	1.344	.941	1.046	.819
TUERKEI	I	1.294	1.480	1.288	1.215	1.318	1.761	2.301	1.902	1.904

1) IMPORTE DES LANDES (OER LAENDERGRUPPE) AUS OESTERREICH IN % DER GESAMTIMPORTE (EINSCHLISSLICH DES INTRA-HANDELS DER EG EZW. DER EFTA). - 2) GROSSBRITANNIEN, DAENEMARK, SCHWEIZ, SCHWEDEN, NORWEGEN, PORTUGAL, FINNLAND. - 3) BRD, FRANKREICH, ITALIEN, NIEDERLANDE, BELGIEN-LUXEMBURG. - 4) SCHWEIZ, SCHWEDEN, NORWEGEN, PORTUGAL, ISLAND, FINNLAND. - 5) BRD, FRANKREICH, ITALIEN, NIEDERLANDE, BELGIEN-LUXEMBURG, GROSSBRITANNIEN, DAENEMARK, IRLAND. - 6) EG 73 + GRIECHENLAND. - 7) MARKTANTEILSGEWINN 1977 INFOLGE DER AUFNAHME VON STROMLIEFERUNGEN IN DER DEUTSCHEN STATISTIK UEBERHOEHT.

G: WIFO (NACH OECD-STATISTIK).

OESTERREICHS MARKTANTEIL AN DEN IMPORTEN DER EG UND EFTA

VERAENDERUNG in % gegenüber dem Vorjahr 1)

Tabelle 9

	I	J73	J74	J75	J76	J77	J78	J79	J80	1981-3281
EFTA 72 2)	I	-3.6	-12.2	-6.3	-3.5	-5.8	5.3	-7.6	-7.4	-1.2
EG 72 3)	I	1.9	-8.0	1.0	4.3	13.4	11.2	-0.8	-2.5	-4.6
EFTA 77 4)	I	-5.0	-8.0	-16.7	-0.5	-6.4	10.2	-7.4	-5.3	-2.5
EG 73 5)	I	1.6	-10.6	.8	5.4	10.6	9.9	-1.8	-3.6	-4.0
EG 81 6)	I	1.9	-10.3	.4	4.7	10.7	9.7	-2.2	-3.4	-4.3
SCHWEIZ	I	-9.6	-1.2	-11.4	-5.6	-7.5	2.9	-3.9	-4.3	4.1
SCHWEDEN	I	-3.3	-6.5	2.4	-0.7	-7.3	1.6	-12.9	-6.5	-1.8
FINNLAND	I	6.9	-14.8	-5.0	10.2	-15.8	-2.7	-3.2	-5.3	.5
NORWEGEN	I	-12.4	.8	3.1	6.8	-2.5	10.2	-2.7	-0.7	-13.0
ISLAND	I	-3.8	19.4	-1.9	4.5	-17.0	38.7	-35.5	6.8	29.8
PORTUGAL	I	-4.2	-9.1	-24.5	10.3	-25.5	-10.7	-4.2	-9.8	4.2
BRD 7)	I	-0.9	-3.9	4.8	8.2	17.1	12.7	-1.1	-0.1	-4.3
ITALIEN	I	11.7	-17.1	-7.9	12.7	7.9	-0.5	3.6	-2.7	-7.3
NIEDERLANDE	I	1.8	1.3	-9.9	4.2	5.6	8.6	-11.3	-11.1	-0.1
FRANKREICH	I	2.0	-8.0	5.2	5.5	5.7	29.2	-8.7	-5.4	.1
BELGIEN-LUXEMBURG	I	-2.7	20.3	15.7	-7.1	3.7	4.0	-3.0	-0.4	-7.6
IRLAND	I	-5.3	11.4	-11.3	-8.8	1.8	5.0	4.9	1.8	5.4
DAENEMARK	I	5.7	-11.8	5.2	-6.2	-9.4	-6.1	-3.3	-13.1	-10.9
GROSSBRITANNIEN	I	-1.8	-21.6	-3.5	-12.6	-0.9	8.5	-10.3	-16.7	6.7
SPANIEN	I	-1.2	-13.3	-6.0	8.8	4.1	-5.8	-3.9	-14.4	1.5
GRIECHENLAND	I	17.2	7.2	-18.8	-23.0	16.5	1.2	-30.0	11.2	-26.6
TUERKEI	I	11.1	14.3	-12.9	-5.7	8.5	33.6	30.6	-17.3	-49.9

1) IMPORTE DES LANDES (DER LAENDERGRUPPE) AUS OESTERREICH IN % DER GESAMTIMPORTE (EINSCHLIESSLICH DES INTRA-HANDELS DER EG BZW. DER EFTA). - 2) GROSSBRITANNIEN, DAENEMARK, SCHWEIZ, SCHWEDEN, NORWEGEN, PORTUGAL, FINNLAND. - 3) BRD, FRANKREICH, ITALIEN, NIEDERLANDE, BELGIEN-LUXEMBURG. - 4) SCHWEIZ, SCHWEDEN, NORWEGEN, PORTUGAL, ISLAND, FINNLAND. - 5) BRD, FRANKREICH, ITALIEN, NIEDERLANDE, BELGIEN-LUXEMBURG, GROSSBRITANNIEN, DAENEMARK, IRLAND. - 6) EG 73 + GRIECHENLAND. - 7) MARKTANTEILSGEWINN 1977 INFOLGE DER AUFNAHME VON STROMLIEFERUNGEN IN DER DEUTSCHEN STATISTIK UEBERHOEHT.

Q: WIFO (NACH OECD-STATISTIK).

ANTEILE DER IMPORTE AM nominellen Brutto-Inlandsprodukt
NACH LAENDERGRUPPEN U. LAENDERN
(IN %)

Tabelle 10

I I I	EG 72	EFTA 72	EG 73	EFTA 73	B R D	GRIECHEN- LAND	TUERKEI	SPANIEN	GRIECHENL. TURKEI SPANIEN	OPEC	OST- STAATEN	INSGESAMT
J54 I	1.66	18.18
J55 I	2.03	21.57
J56 I	2.03	21.28
J57 I	2.27	22.27
J58 I	2.19	20.35
J59 I	11.63	2.41	12.75	1.30	8.18	2.30	20.37
J60 I	12.77	2.76	14.04	1.49	9.0319	2.53	22.59
J61 I	12.74	2.75	13.98	1.51	9.1718	2.22	21.39
J62 I	12.45	2.78	13.71	1.52	8.8915	2.32	21.01
J63 I	12.27	2.94	13.60	1.61	8.7114	2.53	21.05
J64 I	12.56	3.11	13.91	1.77	8.9214	2.27	21.36
J65 I	13.11	3.31	14.60	1.82	9.2614	2.39	22.16
J66 I	13.24	3.59	14.82	2.02	9.5615	2.16	22.54
J67 I	12.31	3.84	13.86	2.30	8.7615	1.90	21.03
J68 I	12.14	3.89	13.75	2.29	8.7614	2.06	21.15
J69 I	12.38	4.27	14.18	2.48	9.0618	2.12	21.93
J70 I	13.76	4.80	15.77	2.81	10.1223	2.30	24.55
J71 I	13.91	4.89	15.91	2.90	10.2149	2.27	24.90
J72 I	14.56	4.73	16.42	2.87	10.5352	2.13	25.14
J73 I	14.76	4.64	16.37	3.05	10.5765	2.13	25.37
J74 I	15.29	4.38	16.73	2.96	10.91	1.65	2.65	27.21
J75 I	14.26	3.85	15.49	2.64	9.95	1.25	2.54	24.88
J76 I	16.72	4.05	18.02	2.77	11.68	.07	.11	.12	.30	1.45	2.71	28.43
J77 I	17.98	3.98	19.27	2.73	12.46	.07	.10	.13	.31	1.16	2.60	29.50
J78 I	16.90	3.55	18.00	2.49	11.92	.06	.09	.12	.28	1.11	2.42	27.52
J79 I	17.82	3.51	18.93	2.45	12.38	.06	.09	.13	.28	1.55	2.58	29.24
J80 I	18.59	3.59	19.73	2.50	12.94	.07	.08	.13	.27	2.25	3.09	31.71
J81 I	17.78	3.38	18.79	2.44	12.44	.08	.09	.14	.31	2.37	3.81	32.00

Tabelle 11

Entwicklung des Inlandsmarktanteiles der
österreichischen Industrieproduktion
1970 bis 1981

	Inlandsmarktanteil ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr
	in %	in %
1970	61,0	- 3,1
1971	60,6	- 0,4
1972	59,6	- 1,0
1973	60,2	+ 0,6
1974	58,0	- 2,2
1975	58,6	+ 0,6
1976	55,3	- 3,3
1977	53,4	- 1,9
1978	54,2	+ 0,8
1979	52,5	- 1,7
1980	51,7	- 0,8
1981 ²⁾	50,9	- 0,8

1) Berechnung zu laufenden Preisen. - 2) Vorläufig.

Q: WIFO.

Tabelle 12

Warenmäßige Streuung des österreichischen Außenhandels
(Prozentanteile 1977 - 1981)

Warengruppen	I m p o r t e					E x p o r t e				
	1977	1978	1979	1980	1981	1977	1978	1979	1980	1981
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Nahrungs- und Genußmittel	6,3	6,2	5,5	5,2	5,2	3,6	3,9	3,9	4,0	4,3
Rohstoffe (ein- schließlich elek- trischer Energie)	17,3	17,4	19,6	22,4	25,5	10,5	9,5	9,9	10,4	9,4
Halbfertige Waren	15,8	16,6	16,7	16,1	15,7	22,1	21,9	23,5	22,7	22,7
Fertigwaren	60,6	59,8	58,2	56,3	53,6	63,8	64,7	62,7	62,9	63,6
a) Maschinen und Verkehrsmitteln	33,8	30,7	29,7	28,6	27,4	27,9	29,0	28,2	27,7	27,4
b) Andere Fertig- waren	26,8	29,1	28,5	27,7	26,2	35,9	35,7	34,5	35,2	36,2
o d e r :										
a) Investitionsgüter	18,1	19,3	17,9	17,4	17,6	23,8	24,8	24,0	22,9	22,1
b) Konsumgüter	42,5	40,5	40,3	38,9	36,0	40,0	39,9	38,7	40,0	41,5
Sonstige Waren	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 13

Agrarischer Außenhandel mit den EG¹⁾

(in Mio. ÖS)

	1960	1965	EG 72 ²⁾ 1968	1972	1973	1976	EG 73 ³⁾ 1978	1980	EG 81 ⁴⁾ 1981
Österr. Einfuhren	1.799	3.157	2.653	4.051	5.659	7.969	8.667	10.229	11.552
Österr. Ausfuhren	1.235	1.774	1.806	3.529	3.310	3.584	4.178	5.174	5.786
Saldo	- 564	-1.383	- 847	- 522	-2.349	-4.385	-4.489	-5.055	-5.766

Agrarischer Außenhandel mit Großbritannien, Dänemark und Irland¹⁾

(in Mio. ÖS)

	1960	1965	1968	1972
Österr. Einfuhren	170	440	383	631
Österr. Ausfuhren	84	230	260	351
Saldo	-86	-210	-123	-280

1) Berechnung nach dem SITC-Code.

2) BRD, F, I, NL, B, Lux.

3) BRD, F, I, NL, B, Lux, GB, DK, Irl.

4) wie 3) plus Griechenland

Tabelle 14

Produktionswerte der österreichischen Industrie
(in Mio. OS)

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 3)
Bergwerke und eisenerzeugende Industrie	20.731	25.789	26.130	28.291	32.698	31.727	32.903
Erdöl	18.472	22.815	22.587	24.296	30.147	39.782	47.630
Steine und Keramik	13.329	14.557	15.829	16.341	17.204	19.216	20.733
Glas	2.455	2.881	3.126	3.146	3.669	4.444	5.048
Chemie	38.835	44.408	47.153	48.556	55.515	62.870	66.021
Papierherzeugung	16.611	17.578	17.519	16.155	19.071	21.555	23.886
Papierverarbeitung	5.512	5.833	5.989	5.879	6.757	7.886	8.702
Holzverarbeitung	11.052	12.490	14.169	14.508	15.613	16.975	16.816
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	45.164	49.837	54.735	56.398	60.905 ²⁾	64.919	70.074
Lederherzeugung	923	1.141	1.208	1.176	1.401	1.353	1.314
Lederverarbeitung	4.451	5.010	5.541	5.524	6.014	7.231	7.063
Gießereien	4.018	4.225	4.339	4.471	5.151	5.546	5.589
Metall	7.467	8.788	9.871	9.676	11.489	12.564	12.792
Maschinen- und Stahlbau	32.310	35.825	38.231	40.719	45.822	50.524	52.456
Fahrzeug	11.211	13.129	15.352	13.820	15.318	21.393	20.726
Eisen- und Metallwaren	22.813	25.660	27.595	29.193	31.206	33.612	33.480
Elektro	22.855	25.555	28.360	29.001	30.021	33.376	36.525
Textil	19.627	21.752	22.211	21.497	22.844	24.570	25.205
Bekleidung	10.099	10.652	11.014	10.797	11.968	13.084	13.265
Insgesamt	308.935	347.925	370.958	380.588	422.813	486.723	500.228

1) Einschließlich Tabakindustrie

2) Ohne Tabakindustrie

3) Vorläufige Werte (Stand: März 1982)

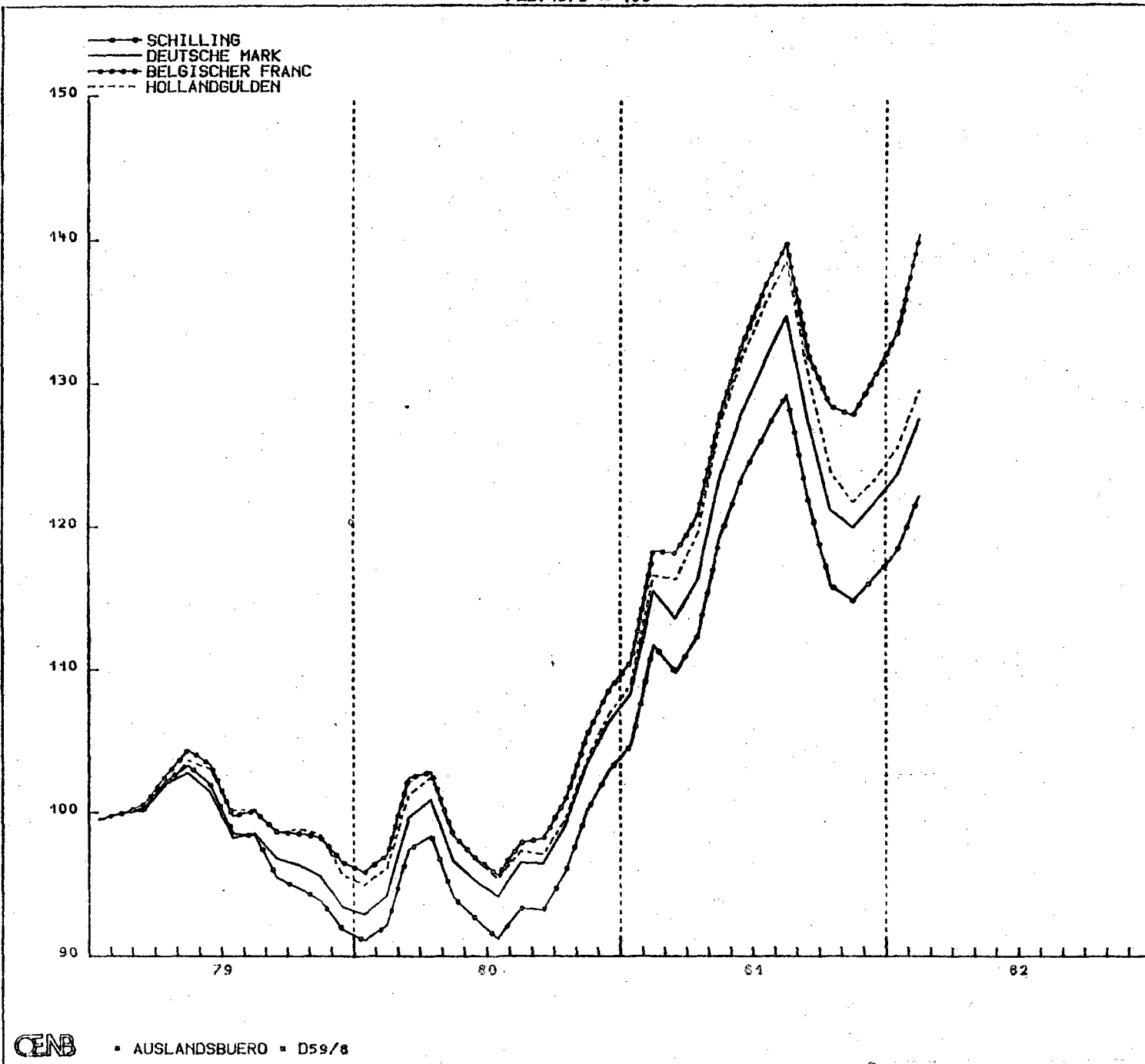
EWS-WÄHRUNGEN UND SCHILLING
GEGENUEBER US-DOLLAR
FEB. 1979 = 100

Tabelle 15

DBOENC 040182 154827

PLOTTZEIT

185

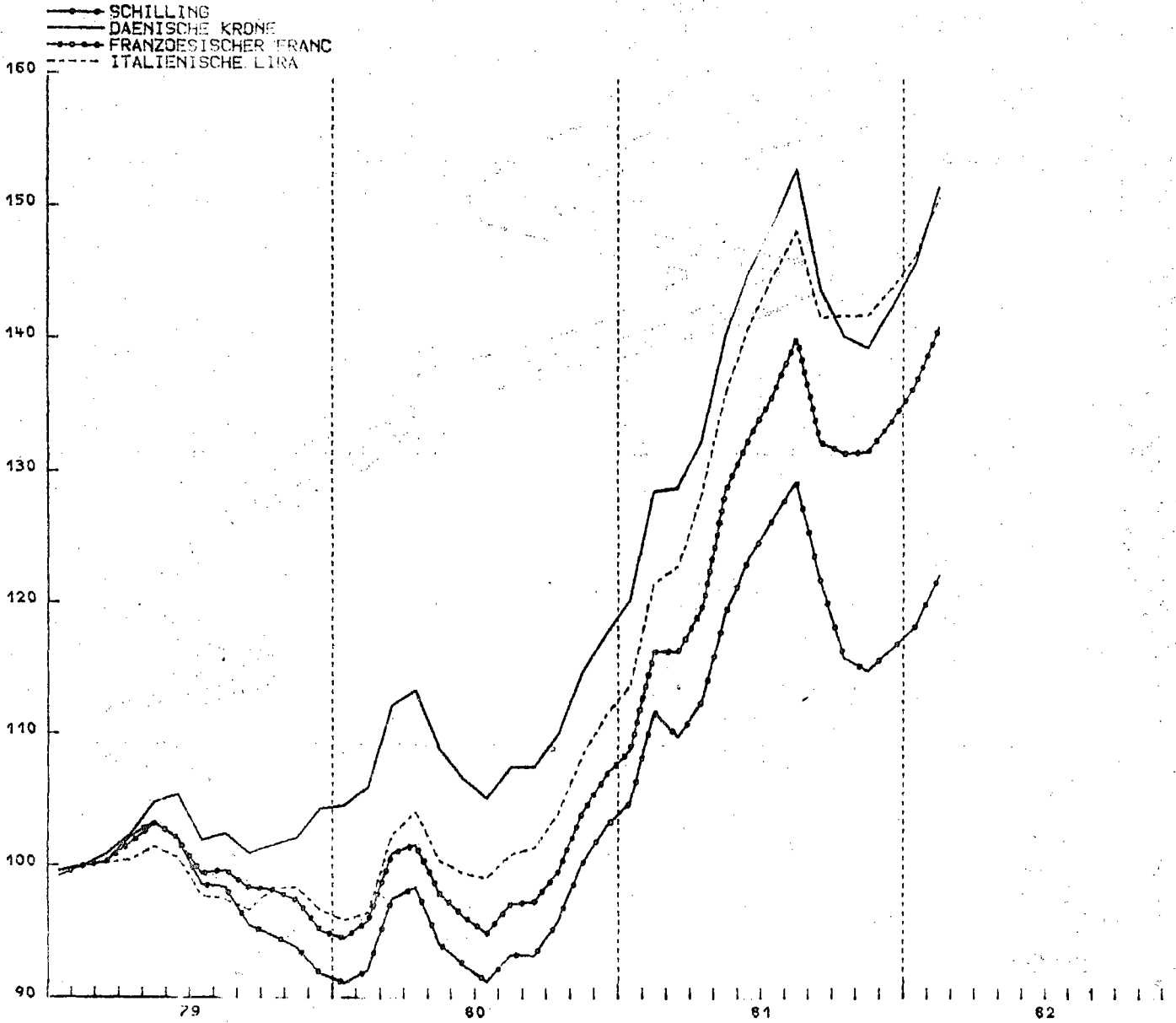


OENB

AUSLANDSBUERO • D59/8

Tabelle 16

EWS-WAHRUNGEN UND SCHILLING
GEGENUEBER US-DOLLAR
FEB. 1979 = 100



DBOENC 033082 100727

PLOTTZEIT

182



AUSLANDSBUERO • D59/7

